

STUDY

Nr. 103 • Dezember 2025 • Hans-Böckler-Stiftung

NWI₂₀₂₅ – ERHÖHUNG DURCH STEIGENDE PRIVATE UND STAATLICHE KONSUMAUSGABEN

Benjamin Held, Dorothee Rodenhäuser¹

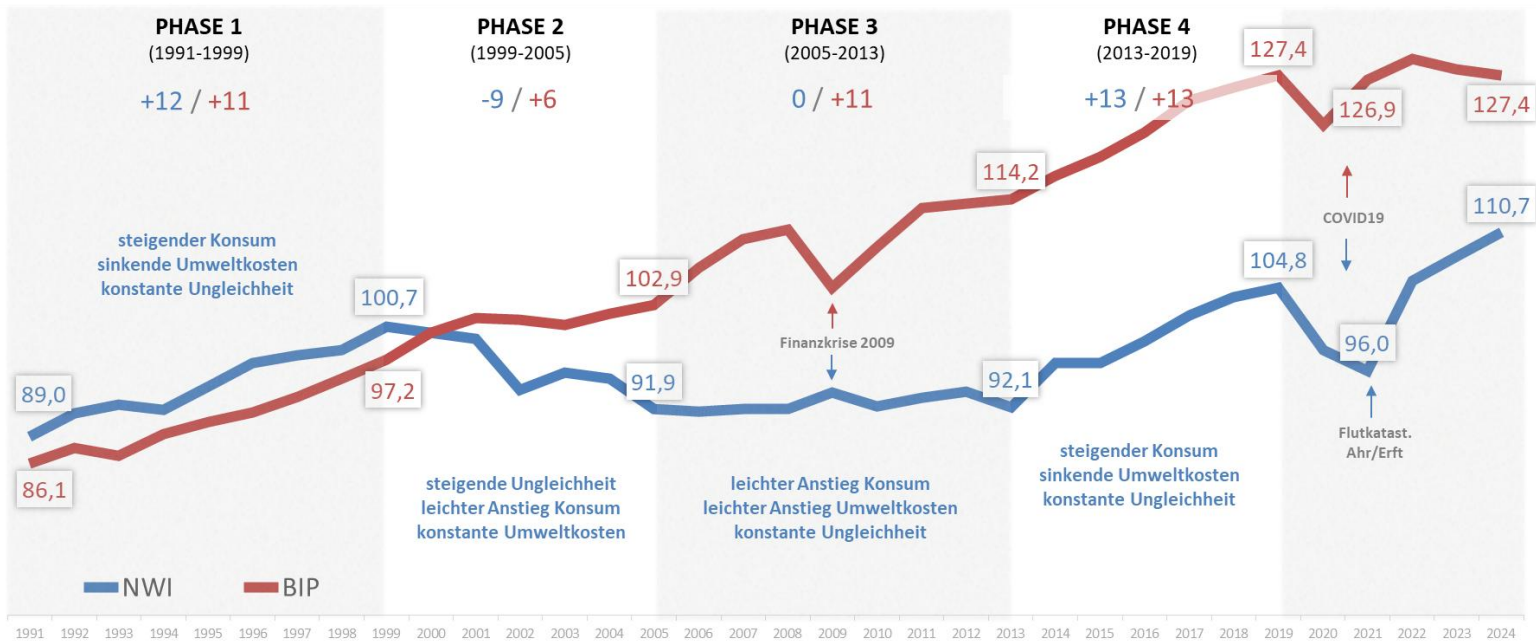
KURZBESCHREIBUNG

Der Nationale Wohlfahrtsindex (NWI) bietet Einblicke dazu, wie sich die Wohlfahrt in den letzten Jahrzehnten in Deutschland entwickelt hat und wie nachhaltige Wege zu deren Steigerung aussehen könnten. Der NWI zielt dabei auf einen Perspektivwechsel gegenüber dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) ab, indem er den Blick um wohlfahrtsrelevante ökonomische, ökologische und soziale Aspekte erweitert. Der vorliegende Bericht zeigt für das Jahr 2024 eine Steigerung des NWI um 2,5 Punkte. Zentraler Grund für diese Erhöhung sind steigende Konsumausgaben, sowohl von privaten Haushalten als auch von staatlicher Seite. Weitere Zugewinne ergaben sich zudem durch zurückgehende Umweltkosten und eine in geringem Umfang gesunkene Einkommensungleichheit. Angesichts einer weiterhin vielfach stagnierenden bis zurückgehenden Produktionstätigkeit und des bestehenden Investitionsstaus, ist die ökonomische Nachhaltigkeit dieser Wohlfahrtssteigerung allerdings fraglich. Der Bericht geht darauf insbesondere mit Blick auf die Entwicklung der Investitionen und deren Rolle für ein Wohlfahrtsmaß wie den NWI näher ein. Der Bericht zeigt weiter auf, dass sich die Entwicklungen von NWI und BIP in den letzten 30 Jahren deutlich unterscheiden: Während das BIP um etwa 50% relativ kontinuierlich angewachsen ist, hat sich die Wohlfahrt gemäß NWI deutlich weniger erhöht und war größeren Schwankungen unterworfen. Nachhaltig gesteigert werden könnte die Wohlfahrt – wie durch Szenariorechnungen veranschaulicht wird – durch eine Reduktion der Umweltkosten und der Einkommensungleichheit. Zentrale Ergebnisse und Erkenntnisse des NWI und des vorliegenden Berichts werden vorab auf einer Doppelseite präsentiert.

¹ Institut für Interdisziplinäre Forschung/ Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e.V. (FEST);
Kontakt: benjamin.held@fest-heidelberg.de, dorothee.rodenhaeuser@fest-heidelberg.de.

ÜBERSICHT

NWI und BIP im Vergleich (2000=100)

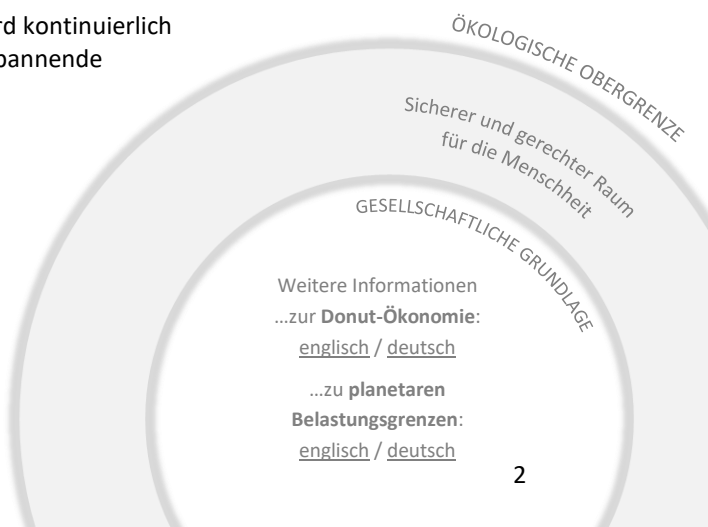


- **Unterschiedliche Gesamtentwicklung:**
BIP: Seit 1991 um fast die Hälfte (48%, 41 Punkte) und relativ kontinuierlich gewachsen, kurz unterbrochen durch zwei Krisen.
NWI: Wohlfahrt stieg um 24% (22 Punkte) und damit als halb so stark wie das BIP. → MEHR IN KAPITEL 2.2
- **Unterschiedliche Phasen:** Der **NWI** steigt in den 1990ern, fällt von 1999-2005, bleibt von 2005-2013 konstant und steigt von 2013-2019 erneut an. Corona-Pandemie und Flutkatastrophe führen 2020-2021 zu deutlichem Absinken. → MEHR IN KAPITEL 2.3
- **Ansteigen 2022 bis 2024:** Der **NWI** steigt 2022 stark an. Zentrale Gründe: Konsumerholung, Energieeinsparungen im Zuge des Ukraine-Kriegs und keine Flutkatastrophe wie 2021. 2023 und 2024 setzt sich der Aufwärtstrend fort, getrieben durch steigenden privaten und staatlichen Konsum, sowie sinkende Umweltkosten. → MEHR IN KAPITEL 2.1 und 3



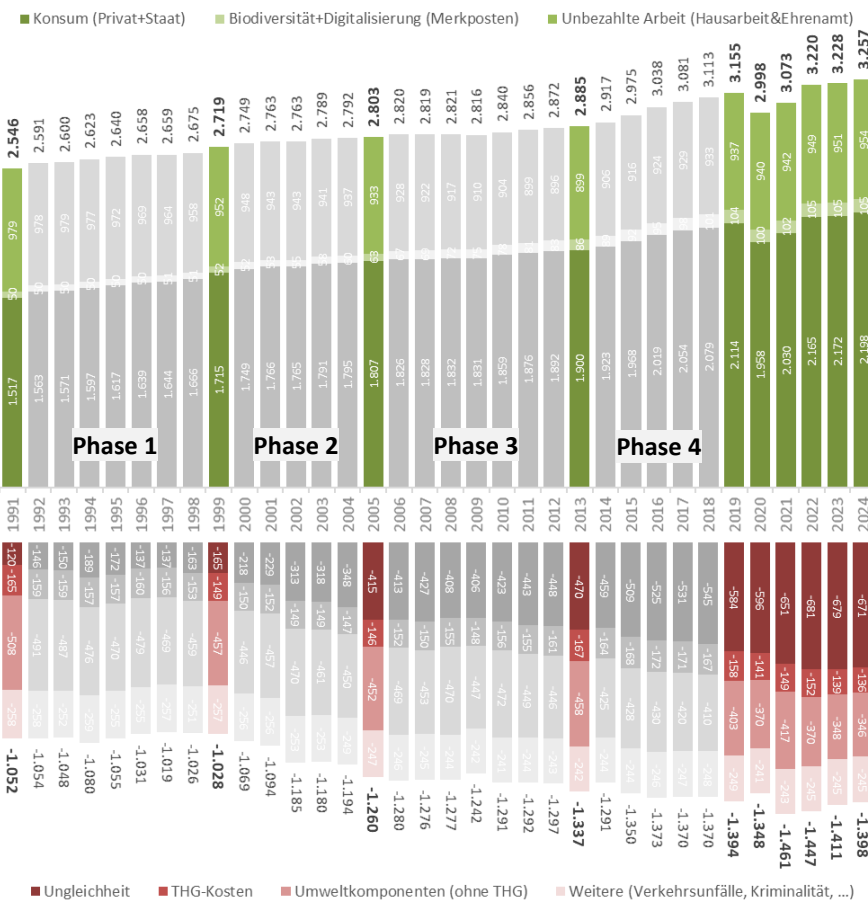
Konstruktion und Aussagekraft des NWI

- Der **NWI** besteht aus 21 Komponenten, die alle in Geldeinheiten vorliegen und zusammengerechnet werden. Im Konstruktionsprinzip ähnelt er dem **BIP**, versucht aber dessen Schwächen als Wohlfahrtsmaß zu beheben.
- Der **NWI** ist selbst verschiedenen Beschränkungen unterworfen und wird kontinuierlich weiterentwickelt. Durch seine integrierte Sichtweise ermöglicht er aber spannende Einblicke in vergangene und mögliche zukünftige Entwicklungen.
 → MEHR IN KASTEN 1, KASTEN 2, KAPITEL 3 UND KAPITEL 6
- Die Aussagekraft des NWI ist eingeschränkt, solange planetare Belastungsgrenzen überschritten, soziale Mindeststandards unterschritten oder Grundrechte verletzt sind. Eine Einordnung in Konzepte wie die der Donut-Ökonomie und der Blick auf dazugehörige Indikatoren wie die planetaren Belastungsgrenzen (derzeit 7 von 9 überschritten) sowie entsprechende soziale Indikatoren (z.B. zur Entwicklung der materiellen Deprivation) sind in jedem Fall angeraten.
 → MEHR IN KASTEN 3





Positive und negative Wohlfahrtswirkungen



Positive Wohlfahrtseffekte haben sich von 1991-2024 um **28% (711 Mrd. €)** erhöht

Anstieg insbesondere bei **privatem und Staatskonsum** (+681 Mrd. €)
Rückgang allein in Corona-Pandemie

Unbezahlte Arbeit blieb relativ konstant
Hausarbeit: -44 Mrd. € / Ehrenamt: +18 Mrd. €

Merkposten: **Biodiversität** konstant,
Positive Wirkungen durch **Digitalisierung**

→ MEHR IN **KAPITEL 2.3 & DASHBOARD**

Negative Wohlfahrtseffekte haben um **33% (346 Mrd. €)** zugenommen

Zentral: **Ungleichheitskosten** sind um **551 Mrd. €** (4,5-fache) angestiegen

Positiv: um 29% **fallende Umweltkosten** (192 Mrd. €) durch reduzierte **Luft- und Wasserverschmutzung** und weniger **fossile Brennstoffe** und **THG-Emissionen**.

Weitere: Rückgänge bei **Verkehrsunfällen**, **Pendelkosten** gestiegen

Wohlfahrtssteigernd

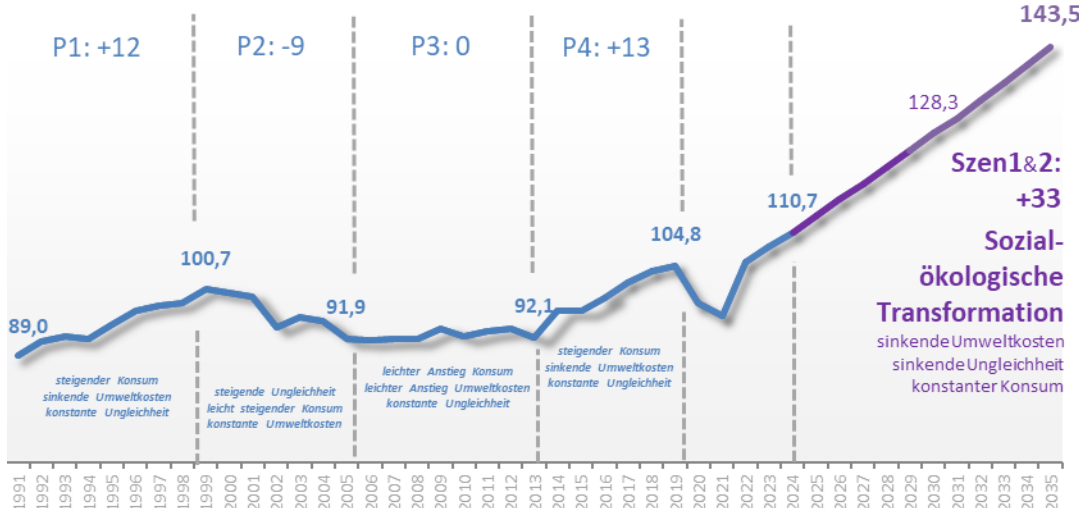
Wohlfahrtsmindernd

Nachhaltig in die Zukunft



➤ Nachhaltig gesteigert werden könnte die Wohlfahrt beispielsweise durch eine **Reduktion der Umweltkosten** und der **Einkommensungleichheit**. Zur Illustration angestellte Szenario-Rechnungen **bis zum Jahr 2035** zeigen für eine Erreichung der von der Bundesregierung gesetzten THG-Reduktionsziele durch den Ausbau der Erneuerbaren Energien bei gleichzeitiger Reduktion der Einkommensungleichheit auf das Niveau des Jahres 1999 ein **Steigerungspotenzial der Wohlfahrt um 33 Punkte**.

→ MEHR DAZU IN **KAPITEL 5**



SOZIAL-ÖKOLOGISCHE TRANSFORMATION: +33

Szen1: Klimaschutz & Energiewende

Sinkende Umweltkosten durch Erreichung der Klimaziele mittels Umstieg auf Erneuerbare Energien

+ 15 Indexpunkte bis 2035

+

Szen2: Reduktion der Ungleichheit

Reduktion der Einkommensungleichheit auf das Niveau des Jahres 1999

+ 18 Indexpunkte bis 2035

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	5
2	Ergebnisse des Nationalen Wohlfahrtsindex (NWI₁₉₉₁₋₂₀₂₄)	5
2.1	Wohlfahrtsentwicklung im Jahr 2024.....	5
2.2	Entwicklung der Wohlfahrt von 1991 bis 2024 im Vergleich zum BIP	10
2.3	Phasen der Entwicklung im Zeitraum 1991-2024	14
3	Im Fokus: Investitionen und deren Wohlfahrtswirkung	16
4	Erste Abschätzungen zur Wohlfahrtsentwicklung im Jahr 2025	19
5	Wege zur nachhaltigen Steigerung der Wohlfahrt	21
5.1	Szenario 1: Klimaschutz & Energiewende	21
5.2	Szenario 2: Reduktion der Ungleichheit.....	23
5.3	Szenario 1&2: Sozial-ökologische Transformation.....	24
6	Ausblick	25
	Anhang: Datentabelle NWI ₂₀₂₅ (NWI norm: 2000=100; Rest: Mrd. €, Preise von 2015)	26

Übersichten und Kästen

Übersicht zentraler Ergebnisse	2
Dashboard „Nationaler Wohlfahrtsindex“	11
Kasten 1: Konstruktionsprinzip und Grenzen des NWI	7
Kasten 2: Kosten durch Treibhausgasemissionen – eine Frage des Kostensatzes.....	12
Kasten 3: Einordnung des NWI in das Konzept der Donut-Ökonomie.....	20

1 Einleitung

Der Nationale Wohlfahrtsindex (NWI) zielt auf einen Perspektivwechsel gegenüber dem Bruttoinlandsprodukt (BIP), indem er den Blick um wohlfahrtsrelevante ökonomische, ökologische und soziale Aspekte im Zusammenhang mit den Wirtschaftsaktivitäten in einem Land erweitert. Damit steht er im Kontext einer international geführten Diskussion um neue Indikatoren für gesamtgesellschaftliche Wohlfahrt. Auch nach seiner methodischen Weiterentwicklung zur Version 3.0 – die im aktuellen Methodenbericht² umfassend dargestellt ist – versteht sich der NWI dabei weiterhin als offenes System, dessen kontinuierliche Weiterentwicklung auf Basis des jeweils besten verfügbaren Wissens sowohl hinsichtlich der bereits berücksichtigten Komponenten als auch möglicher neuer Aspekte angestrebt wird. Ziel des NWI ist es, Einblicke, Orientierung und Anlass für Diskussionen im komplexen Gebiet der Wohlfahrtsentwicklung im Kontext einer nachhaltigen Entwicklung zu bieten – ein Ziel, das vor dem Hintergrund aktueller Krisen wie der Corona-Pandemie, dem Klimawandel, dem Artensterben und dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, der dadurch ausgelösten Energie- und Preiskrise wichtiger und drängender denn je erscheint. Wichtiger wird in dieser Perspektive auch das intensive Nachdenken über Abhängigkeiten und die Sicherung einer freiheitlichen Gesellschaft.

Nachdem oben bereits zentrale Ergebnisse in Form einer Übersicht präsentiert wurden, werden im Folgenden nach einer Erläuterung des Konstruktionsprinzips und der Grenzen des NWI in **Kasten 1** zunächst die aktuellen Ergebnisse des NWI für das Jahr 2024 vorgestellt (Kapitel 2.1). Anschließend wird die gesamte Zeitreihe von 1991 bis 2024 erläutert und mit dem BIP verglichen (Kapitel 2.2) sowie auf die Phasen eingegangen, die im betrachteten Zeitraum seit 1991 auszumachen sind (Kapitel 2.3). Teil dieser Darstellung ist auch das sogenannte Dashboard, in dem die Entwicklung des NWI und seiner 21 Komponenten komprimiert grafisch dargestellt sind. Eine Auseinandersetzung mit der Frage, welche Wohlfahrtswirkungen von Investitionen ausgeht und wie diese im NWI abgebildet werden ist in Kapitel 3 zu finden. In **Kasten 2** wird die Frage der Berechnung der Schäden durch Treibhausgase und der dafür verwendeten Kostensätze näher beleuchtet. Anschließend werden Einschätzungen zur Wohlfahrtsentwicklung im Jahr 2025 gegeben (Kapitel 4). In **Kasten 3** der NWI in das umfassendere Konzept der Donut-Ökonomie eingeordnet, bevor nachhaltige Wege zur Steigerung der Wohlfahrt anhand von zwei Szenariorechnungen präsentiert werden (Kapitel 5). Ein Ausblick (Kapitel 6) beschließt die Studie.

2 Ergebnisse des Nationalen Wohlfahrtsindex (NWI₁₉₉₁₋₂₀₂₄)

2.1 Wohlfahrtsentwicklung im Jahr 2024

Der NWI ist im Jahr 2024 um 2,5 Indexpunkte von 108,2 auf 110,7 Indexpunkte angestiegen (2000=100). Damit setzt er den Aufwärtstrend der Jahre 2022 und 2023 fort.³ Zentraler Grund für die Erhöhung des NWI um 42 Mrd. € (Preise von 2015, siehe Abbildung 1) sind steigende Konsumausgaben. €. Die privaten und staatlichen Konsumausgaben sind mit zusammen genommen rund 25 Mrd. € für den größten Teil der Steigerung des NWI im Jahr 2024 verantwortlich. Die privaten Konsumausgaben erhöhten sich preisbereinigt um 13,6 Mrd. €. Das entspricht einer Erhöhung um 0,8% und liegt damit unter den Steigerungen der 2010er Jahre, wo die Steigerungsrate durchschnittlich bei 1,3% lag. Die staatlichen Konsumausgaben stiegen real um 11,8 Mrd. Ein genauerer Blick in die konsumtiven Staatsausgaben zeigt dabei, dass der größte Teil der Erhöhung der als wohlfahrtssteigernd eingeordneten Ausgaben maßgeblich auf

² Held, B./Rodenhäuser, D./Diefenbacher, H. (2021): Nationaler Wohlfahrtsindex 3.0 Methodenbericht. Heidelberg: FEST. URL: https://www.imk-boeckler.de/fpdf/HBS-008250/p_imk_study_78_2022.pdf

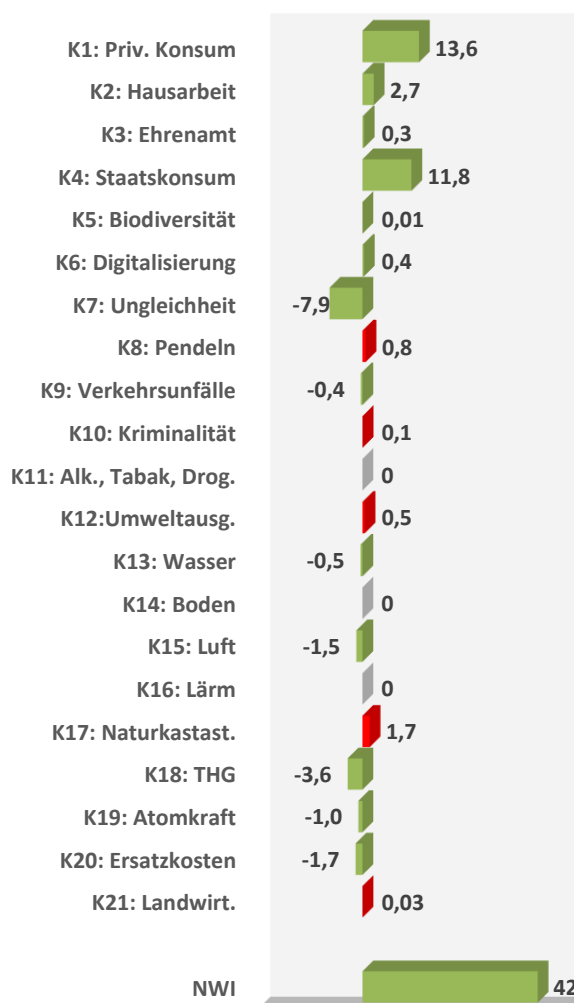
³ Siehe dazu IMK Study 96: Held, B./ Rodenhäuser, D. (2024): NWI 2024 - Anstieg bei unterschiedlicher Entwicklung von Umweltschäden, Konsum und Ungleichheit. IMK Study Nr. 96, Düsseldorf. URL <https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?produkt=HBS-009007> Hinzuweisen ist dabei darauf, dass die Revisionen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR), die jedes Jahr durchgeführt werden und alle fünf Jahre in umfassenderer Weise (zuletzt 2024), auch beim NWI zu nachträglichen Änderungen führen, da er an verschiedenen Stellen maßgeblich auf VGR-Daten beruht (z.B. bei den Konsumausgaben). Deswegen weichen die in dieser Studie präsentierten Ergebnisse für 2021, 2022 und 2023 von den in der IMK Study 96 dargestellten ab. Unter anderem ergab die VGR-Revision, dass der preisbereinigte private Konsum von 2021 auf 2022 nicht wie zuvor ausgewiesen um 5,6%, sondern um 6,5% und damit ein gutes Stück stärker anstieg, was entsprechend auch zu einem höheren Anstieg des NWI führt. Nähere Informationen zu den Änderungen der VGR-Sommerrevision 2025 bietet das Statistische Bundesamt z.B. hier: DESTATIS (2025): Sommerüberarbeitung 2025 der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen - Revisionen und Hintergründe. Zugriff am 16.10.2025: URL: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsprodukt/sommerueberarbeitung-2025.html>.

höhere Ausgaben in den Bereichen „Soziale Sicherung“ (+5,1 Mrd. €) und „Gesundheit“ (+3,5 Mrd. €) zurückzuführen ist. Ursächlich für die Steigerung der Ausgaben im Bereich der sozialen Sicherung sind dabei insbesondere gestiegene Leistungen für „Familien und Kinder“ (2,6 Mrd. €) und für „Alter“ (2,3 Mrd. €). Die Ausgaben der Kategorie „Arbeitslosigkeit“ sind hingegen um 0,2 Mrd. € gesunken. Neben den Ausgaben im sozialen und Gesundheitsbereich sind auch die als wohlfahrtssteigernd angenommenen konsumtiven Staatsausgaben im Bereich „Verteidigung“ gestiegen, mit einem Plus von 0,8 Mrd. € aber deutlich weniger stark. Dabei muss darauf hingewiesen werden, dass bezüglich der Wohlfahrtswirkungen konsumtiver Staatsausgaben eine nicht unerhebliche Unsicherheit besteht, die maßgeblich auf die Frage zurückgeht, welche Konsumausgaben defensiver – also allein wohlfahrtserhaltender und nicht wohlfahrtsschöpfender – Natur sind und wie diese in ein Wohlfahrtsmaß einbezogen werden sollten. Nicht zuletzt bei den Verteidigungsausgaben wirft dies schwierige Abwägungsfragen auf.⁴

Positiv wirkten auch die leichten Rückgänge bei den Kosten der Ungleichheit (K7, -7,9 Mrd. €), die im NWI über die Entwicklung der Einkommensungleichheit gemessen werden. Hier weist der Gini-Koeffizient auf Basis von Auswertungen des Mikrozensus im Jahr 2024 einen leichten Rückgang von 0,297 auf 0,295 aus. Diese Änderung sollte aufgrund methodischer Erwägungen (z.B. klassenbasierte Abfrage der Einkommen) und möglicher statistischer Fehler nicht überinterpretiert werden, lässt aber vermuten, dass trotz wirtschaftlicher Stagnation und schwieriger weltpolitischer Lage es zumindest zu keiner größeren Erhöhung der Einkommensungleichheit gekommen ist.

Leichte Verbesserungen lassen sich auch im Bereich der Umweltkomponenten feststellen. Diese lassen sich insbesondere auf einen sinkenden Energieverbrauch zurückführen, der im NWI wiederum zu sinkenden Kosten durch THG-Emissionen (K18, -3,6 Mrd. €), für den Verbrauch fossiler Energieträger (K20, -1,7 Mrd. €) und die im Jahr 2024 komplett eingestellte Atomenergieerzeugung (K19, -1,0 Mrd. €) führt. Auch die Verbesserungen bei den Kosten durch Luftverschmutzung (K15, -1,5 Mrd. €) sind voraussichtlich zum Teil darauf zurückzuführen. Nach Analysen der AG Energiebilanzen ist der sinkende Energieverbrauch dabei insbesondere auf eine wärmere Witterung sowie die fortdauernde wirtschaftliche Stagnation – in Teilen verbunden mit Produktionsrückgängen – zurückzuführen und ging mit einer leichten Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien einher.⁵ Auf die Problematik der „Nachhaltigkeit“ eines sinkenden Energieverbrauchs, der auf Produktionsrückgängen beruht, wurde im NWI-Bericht des

Abbildung 1: Änderungen der Komponenten des NWI im Jahr 2024 (Mrd. €, Preise von 2015)



⁴ Entsprechend der methodischen Annahmen des NWI werden nicht alle konsumtiven Staatsausgaben vollständig als wohlfahrtssteigernd eingestuft. Bei den hier aufgeführten Positionen werden die Ausgaben im Sozialbereich zu 100% eingerechnet, im Gesundheitsbereich zu 50% und im Bereich Verteidigung zu 25%. Dies beruht auf der Unterscheidung in wohlfahrtssteigernde und defensive Ausgaben, also solche, die zwar zum Erhalt des Status Quo nötig sind, von denen aber keine eigene wohlfahrtssteigernde Wirkung ausgeht. Die Festlegung dieser Anteile unterliegt einer erheblichen Unsicherheit. Zudem stellt sich grundsätzlich die Frage, in welcher Form defensive Ausgaben in die Wohlfahrtsmessung eingehen sollten. Siehe dazu auch Rodenhäuser, D./ Held, B./ Diefenbacher, H. (2019): Der Nationale Wohlfahrtsindex - Weiterentwicklung der Komponenten Einkommensverteilung und Staatsausgaben. IMK Study Nr. 64. URL: https://www.boeckler.de/pdf/p_imk_study_64_2019.pdf

⁵ AG Energiebilanzen (2025): Verbrauchsrückgang hat sich verlangsamt. Erste vollständige Schätzbilanz 2024 liegt vor / Prognose zuverlässig. URL: <https://ag-energiebilanzen.de/verbrauchsruueckgang-hat-sich-verlangsamt/>

Vorjahres eingegangen.⁶ Die dort geschilderten Zusammenhänge, wonach – kurz zusammengefasst – krisenhafte Produktionsrückgänge volkswirtschaftlich nicht nachhaltig erscheinen und mittelfristig zu fallenden Konsumausgaben führen können, sowie das ein sparsameres Heizverhalten voraussichtlich in Teilen auch mit Einbußen beim Wohnkomfort einhergeht, die der NWI nicht erfasst, besitzen weiterhin Gültigkeit und sollten bei der Interpretation berücksichtigt werden. Mit einem damit in Verbindung stehenden Sachverhalt setzt sich der vorliegende Bericht in Kapitel 3 auseinander, nämlich mit der Frage der Wohlfahrtswirkungen von Investitionen und wie diese im NWI derzeit erfasst sind.

Wohlfahrtssteigernde Wirkungen gingen auch von der Erhöhung des Werts der unbezahlten Arbeit aus (K2 Hausarbeit: +2,7 Mrd. €; K3 Ehrenamt: +0,3 Mrd. €) aus, die auf die gestiegene Bevölkerungszahl zurückzuführen ist.

Im Vergleich zum Vorjahr stärkere wohlfahrtsmindernde Effekte gibt es kaum in relevanter Höhe. Den größten Posten stellen die Kosten durch Naturkatastrophen (K17) dar, die im Jahr 2024 6,9 Mrd. € betrugen und damit um 1,7 Mrd. € höher ausfielen als 2023. Zudem stiegen auch die Kosten des Pendelns leicht an (K8, 0,8 Mrd. €).

Wie die Ausführungen und Abbildung 1 zeigen, überwiegen die positiven Effekte deutlich und führen zu einem Anstieg des NWI um 42 Mrd. €, was 2,5 Indexpunkten entspricht. Diese Erhöhung steht im Gegensatz zum BIP, das im Jahr 2024 um 0,6% zurückging. Erklären lässt sich der deutliche Unterschied zum einen dadurch, dass das BIP wichtige wohlfahrtssteigernde Einflüsse nicht berücksichtigt, nämlich den Rückgang von Umweltkosten sowie die positiven Effekte unbezahlter Arbeit. Hinzu kommt, dass die insgesamt leicht zurückgehende Produktionstätigkeit des Jahres 2024 in das BIP direkt eingeht, in den NWI hingegen nur indirekt – dann nämlich, wenn die Einkommen und damit der Konsum fallen.

Es zeigt sich also einmal mehr, dass das BIP wesentliche wohlfahrtsrelevante Aspekte unberücksichtigt lässt, aber auch, dass Wohlfahrtswirkungen im NWI und dem BIP unterschiedlich abgebildet werden, was – vor allem in der kurzen Frist – auch beim NWI mit Einschränkungen der Aussagekraft einhergeht. Über die hier präsentierten kurzfristigeren Ergebnisse hinaus bietet deswegen insbesondere die Betrachtung längerer Zeiträume, wie sie im nachfolgenden Abschnitt vorgenommen wird, wichtige und spannende Einblicke.

Kasten 1: Konstruktionsprinzip und Grenzen des NWI

Der Nationale Wohlfahrtsindex (NWI) wird seit 2009 berechnet und in mehreren Schritten weiterentwickelt. Der NWI 3.0 besteht aus insgesamt 21 Komponenten (vgl. Tabelle 1), die zu einem Gesamtindex aggregiert werden. In bewusster Nähe zur Konstruktion des BIP werden alle Komponenten monetarisiert und als Stromgrößen ausgedrückt. Sechs der Komponenten des NWI 3.0 haben dabei wohlfahrtssteigernde und fünfzehn wohlfahrtsmindernde Wirkungen. Im Folgenden wird eine kurze Übersicht über die Komponenten gegeben, eine ausführliche Beschreibung der Komponenten kann im [Methodenbericht des NWI 3.0](#) nachgeschlagen werden.

Die wohlfahrtssteigernden Komponenten des NWI

- Die privaten Konsumausgaben (K1) stellen die vom Umfang her größte Komponente des NWI dar und sind der Ausgangspunkt der Berechnungen.
- In den Komponenten 2 und 3 wird die nicht über den Markt bezahlte Wertschöpfung durch Haus- und Familienarbeit und ehrenamtliche Tätigkeiten berechnet.
- Es folgen als wohlfahrtssteigernd eingeordnete Konsumausgaben des Staates (K4).
- In Komponente 5 wird als ein Teilaspekt von Ökosystemdienstleistungen deren geschätzter Beitrag zum Erhalt der biologischen Vielfalt in Form eines Merkpостens einbezogen. Ebenfalls in Form eines Merkpостens und erster Schätzungen werden in Komponente 6 die Wohlfahrtswirkungen der Digitalisierung, gestützt auf die Prognose einer fehlerhaften Inflationsmessung, hinzuaddiert.

Die wohlfahrtsmindernden Komponenten des NWI

- Mit Komponente 7 werden die Kosten der Ungleichheit zum Abzug gebracht, wobei sowohl die wohlfahrtsmindernde gesellschaftliche Wirkung einer ungleichen Einkommensverteilung als auch der abnehmende Grenznutzen des Konsums berücksichtigt werden.

⁶ Held, B./ Rodenhäuser, D. (2024): NWI 2024 - Anstieg bei unterschiedlicher Entwicklung von Umweltschäden, Konsum und Ungleichheit. IMK Study Nr. 96, Düsseldorf. URL <https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?produkt=HBS-009007>

- Die Komponente 8 bis 11 bilden wohlfahrtsmindernde Wirkungen aus den Bereichen Pendeln, Verkehrsunfälle, Kriminalität sowie Alkohol-, Tabak- und Drogenkonsum ab.
- Es folgt der Bereich der Umwelt, der die Komponenten 12 bis 21 umfasst und zu dem auch K5 als wohlfahrtsstiftende Komponente gezählt werden kann. Es beginnt mit einer umweltbereichsübergreifenden Komponente, den defensiven Ausgaben zur Abwehr von Umweltschäden (K12), gefolgt von den klassischen Umweltbereichen Wasser, Boden, Luft und Lärm (K13-16). Es schließen sich mit den Kosten durch Naturkatastrophen, Treibhausgase (THG) und Atomenergienutzung (K17-19) neuere Aspekte an, bevor mit den Ersatzkosten durch den Verbrauch nicht erneuerbarer Energieträger und den Kosten durch Verlust landwirtschaftlicher Fläche ein auf den Verbrauch von Umweltressourcen bezogener Teil (K20-21) die Komponentenliste beschließt.

Der NWI erhebt nicht den Anspruch, *die* gesellschaftliche Wohlfahrt eines Landes in allen Facetten vollständig abzubilden. Der Index zeigt vor allem, dass soziale, ökologische und auch ökonomische Aspekte, die nicht oder sogar mit dem falschen Vorzeichen in die Berechnung des BIP eingehen, die Wohlfahrt eines Landes maßgeblich beeinflussen können. Er verdeutlicht damit, dass ein Wohlfahrtsmaß für das 21. Jahrhundert sich nicht allein mit der Erfassung der über den Markt vermittelten Wertschöpfung zufriedengeben kann. Wie jedes Maß für ein so komplexes Konzept wie gesellschaftliche Wohlfahrt unterliegt auch der NWI zahlreichen Beschränkungen: So beruht der Index auf der Grundannahme, dass die Summe individueller Konsumausgaben eine adäquate Ausgangsgröße für die Betrachtung gesellschaftlicher Wohlfahrt ist und dass Konsumsteigerungen *ceteris paribus* die Wohlfahrt erhöhen. Dass sich der Gesamtindex durch Addition und Subtraktion von Komponenten berechnet, die in Geldeinheiten ausgedrückt werden, impliziert zudem rechnerisch die vollständige Substituierbarkeit unterschiedlicher wohlfahrtsrelevanter Aspekte, die in der Wirklichkeit nicht gegeben ist. Aus einem positiven Trend des NWI lässt sich daher unter anderem nicht erkennen, ob die Wohlfahrtsentwicklung eines Landes zum Beispiel längerfristig ökologisch tragfähig wäre. Grenzen resultieren aber nicht nur aus der Methodik und ihren Implikationen, sondern auch aus der Verfügbarkeit von Daten: Gerade im Umweltbereich können wichtige Bereiche wie etwa Biodiversitätsverluste noch immer nicht adäquat einbezogen werden, so dass auch nach der Weiterentwicklung zum NWI 3.0 von einer Unterbewertung ökologischer Aspekte im NWI auszugehen ist.

Tabelle 1: Übersicht über die Komponenten des NWI

Nr.	Komponente
K1	Private Konsumausgaben
K2	Wert der Hausarbeit
K3	Wert der ehrenamtlichen Arbeit
K4	Konsumausgaben des Staates
K5	Wert des Beitrags der Ökosysteme zum Erhalt biologischer Vielfalt (Merkposten*)
K6	Wohlfahrtseffekte der Digitalisierung (Merkposten*)
K7	Kosten der Ungleichheit
K8	Kosten für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte
K9	Kosten durch Verkehrsunfälle
K10	Kosten durch Kriminalität
K11	Kosten durch Alkohol-, Tabak- und Drogenkonsum (Merkposten*)
K12	Defensive Ausgaben zur Abwehr von Umweltschäden
K13	Kosten durch Wasserbelastungen
K14	Kosten durch Bodenbelastungen (Merkposten*)
K15	Kosten durch Luftverschmutzung
K16	Kosten durch Lärmbelastung (Merkposten*)
K17	Kosten durch Naturkatastrophen
K18	Kosten durch Treibhausgase
K19	Kosten der Atomenergienutzung
K20	Ersatzkosten durch Verbrauch nicht erneuerbarer Energieträger
K21	Kosten durch Verlust landwirtschaftlicher Fläche
NWI	Nationaler Wohlfahrtsindex 3.0

* Die Einstufung als „Merkposten“ weist darauf hin, dass bei diesen Komponenten relativ große Unsicherheit besteht und deren Wirkung deswegen im NWI nur bedingt abgebildet ist. Das genaue Ausmaß unterscheidet sich von Komponente zu Komponente und kann in den jeweiligen Komponentenblättern im [Methodenbericht des NWI 3.0](#) nachvollzogen werden.

2.2 Entwicklung der Wohlfahrt von 1991 bis 2024 im Vergleich zum BIP

Die aktuelle Zeitreihe des NWI umfasst Werte für die Jahre 1991 bis 2024.⁷ Die Veränderungen des NWI können damit über einen Zeitraum von 33 Jahren mit der Entwicklung des BIP in Deutschland verglichen werden. Dafür werden sowohl der NWI als auch das BIP auf das Jahr 2000 = 100 normiert. Wie im oberen Schaubild des Dashboards zum NWI (siehe nächste Seite) zu erkennen ist, zeichnen die Zeitreihen des BIP und des NWI sehr unterschiedliche Bilder der gesellschaftlichen Entwicklung:

➤ **DAS BIP: EINE GESCHICHTE VON KONTINUIERLICHEM WACHSTUM**

Relativ kontinuierliches Wachstum, unterbrochen durch Krisen

Das BIP weist ein von 1991 bis 2019 ein relativ kontinuierliches, wenn auch über die Jahre unterschiedlich stark ausgeprägtes Wachstum aus, das allein durch die Finanzkrise im Jahr 2009 unterbrochen wurde. Insgesamt steigt das BIP in diesem Zeitraum um 41 Punkte an. Der Einbruch 2020 in Folge der Corona-Pandemie reduziert das Plus auf 36 Punkte. In den Jahren 2021 und 2022 konnte der krisenbedingte Rückgang jedoch schon wieder wettgemacht und sogar leicht überkompensiert werden, der Anstieg betrug nun 43 Punkte. In den Jahren 2023 und 2024 fällt das BIP leicht ab. Betrachtet man die Zeitreihe des BIP, drängt sich also der Eindruck eines – fast – kontinuierlichen Fortschritts auf, der nur durch zwei große Krisen (2009/10 & 2020) unterbrochen wurde und aktuell – unter anderem aufgrund der Folgen des Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine – ins Stocken geraten ist. Im Vergleich zu 1991 ist das BIP bis zum Jahr 2024 um knapp 50% gestiegen.

➤ **DER NWI: EINE DIFFERENZIERTE ENTWICKLUNG DES AUF UND AB**

Ein Wechsel zwischen Auf und Ab mit in der Summe deutlich geringeren Wohlfahrtsgewinnen

Ein anderes und wesentlich differenzierteres Bild zeigt sich bei Betrachtung der Zeitreihe des NWI. Erst wurde es besser (Phase 1: 1991-1999), dann wieder schlechter (Phase 2: 1999-2005). Es folgte eine Zeit der Stagnation (Phase 3: 2005-2013), und auch die Steigerung in Phase 4 (2013-2019) führte in etwa auf das Niveau von 1999/2000 zurück (siehe Abschnitt 2.3 für genauere Ausführungen zu den Phasen). Bedingt durch die Corona-Pandemie ist der NWI im Jahr 2020 um 6,6 Punkte zurückgegangen⁸, 2021 durch die anhaltende Corona-Krise und die Flutkatastrophe an Ahr und Erft um weitere 1,6 Punkte. 2022 kam es dann zu einem deutlichen Anstieg um 8,9 Punkte. In den Jahren 2023 und 2024 zeigt sich ein weiteres Ansteigen um jeweils knapp 3 Punkte. Seit 1991 ist der NWI um 24% gestiegen.

Die Hauptverantwortung dafür, dass die Wohlfahrtsbilanz des NWI im Zeitraum 1991 bis 2024 nicht (noch) besser ausfällt, tragen die gestiegene Einkommensungleichheit und der damit in Zusammenhang stehende abnehmende Grenznutzen des Konsums, die durch Komponente 7 „Kosten der Ungleichheit“ abgebildet werden. Die Abzüge haben sich von 1991 bis 2024 um 551 Mrd. € erhöht, was zum einen mit einer gestiegenen Einkommensungleichheit zusammenhängt (relativer Effekt). Zum anderen ist das Konsumniveau insgesamt immer weiter gestiegen. Damit wird pro ausgegebenem Euro durchschnittlich weniger Nutzen erzielt (absoluter Effekt).⁹ Deutliche Wohlfahrtsverluste ergeben sich außerdem vor allem bei Komponente 3, dem Wert der Hausarbeit: Da die pro Person für Hausarbeit eingesetzte Zeit von 1991 bis 2024 abnahm (-11%, von 216 Minuten pro Tag auf 192 Minuten pro Tag), ging der im NWI erfasste Wert der Hausarbeit (K2) um 44 Mrd. € zurück.

Dass unter dem Strich trotzdem ein Zugewinn gegenüber 1991 zu verzeichnen ist, liegt vor allem an den privaten Konsumausgaben (K1), die preisbereinigt um 471 Mrd. € angestiegen sind. Deutliche Wohlfahrtsgewinne zeigen sich zudem durch einen steigenden Staatskonsum (K4), der sich von 1991 bis 2024 um 209 Mrd. € erhöht hat. Darüber hinaus sind auch bei den Umweltkomponenten, langfristig gesehen, Verbesserungen festzustellen: Insgesamt verringerten sich deren negative Wohlfahrtseinflüsse um 191 Mrd. €, wobei der größte Teil auf Verringerungen der Kosten für Luftschadstoffe zurückgeht (K15, -85 Mrd. €), gefolgt von einer Reduzierung der Ersatzkosten für nicht-erneuerbare Energieträger (K20, -52 Mrd. €), der Kosten durch Treibhausgase (K18, -28 Mrd. €), durch Atomkraftnutzung (K19, -20 Mrd. €) und durch Wasserbelastungen (K13, -17 Mrd. €). Aber auch andere Komponenten wie zum Beispiel der geschätzte positive Wohlfahrtseffekt der Digitalisierung (K6 +56 Mrd. €) und der Rückgang der Verkehrsunfallkosten (K9, -23 Mrd. €), trugen ihren Teil dazu bei, dass sich beim NWI im Jahr 2024 insgesamt ein Plus von 22 Indexpunkten (+365 Mrd. €) gegenüber dem Jahr 1991 ergibt.¹⁰

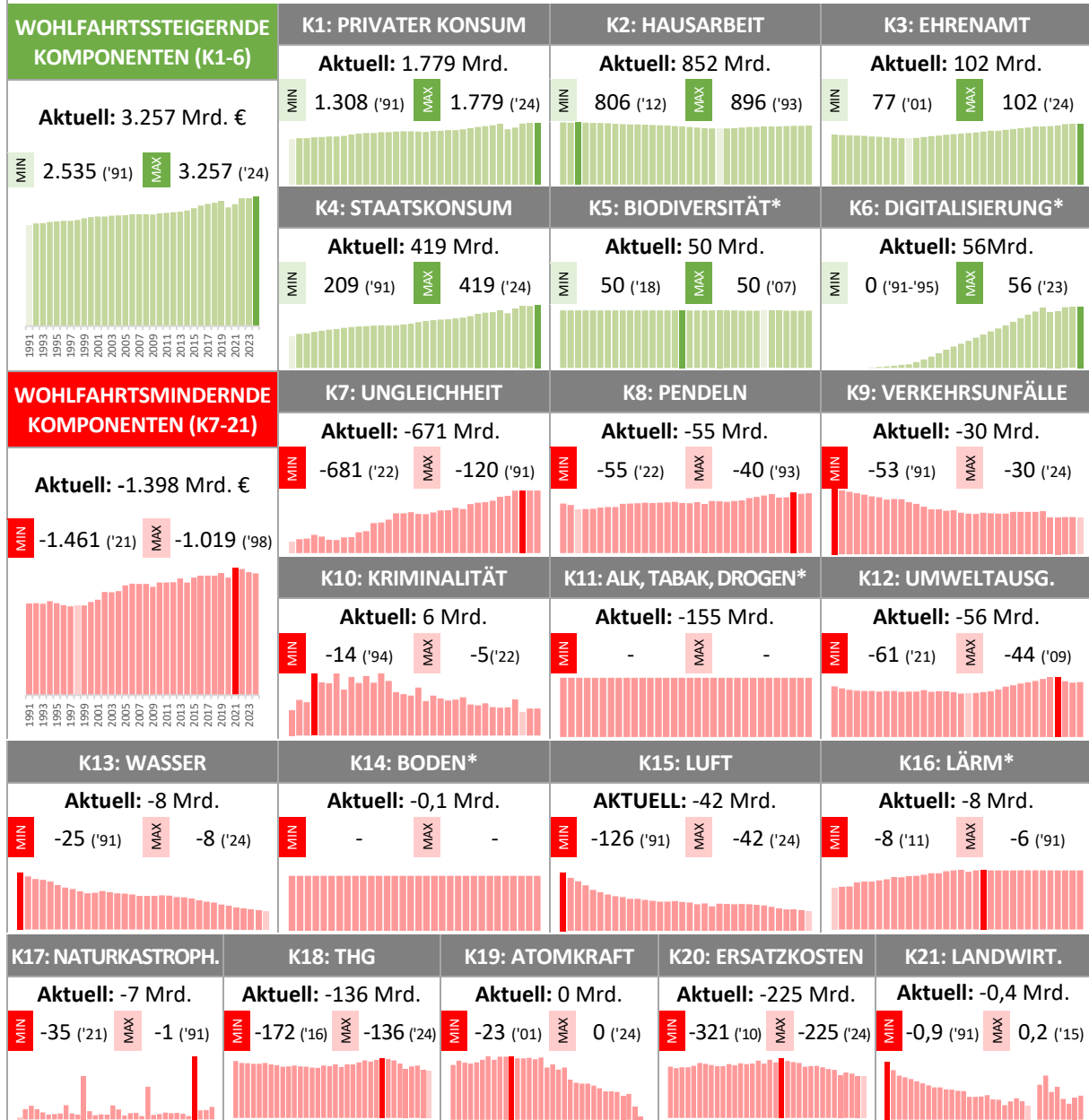
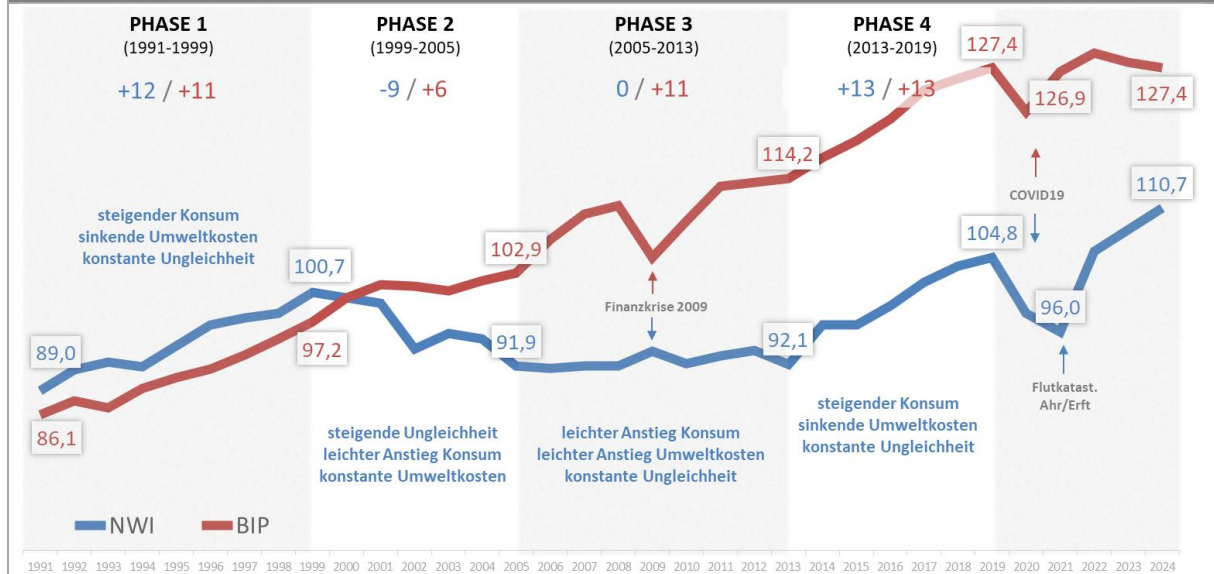
⁷ Die genauen Werte der einzelnen Komponenten und des NWI insgesamt sind in den Ergebnistabellen im Anhang aufgeführt.

⁸ Der Rückgang des NWI im Jahr 2020 ist in der aktuellen Berechnung mit 6,8 Punkten ist dabei deutlich größer als bei der ersten Berechnung im Jahr 2022 im Rahmen des [IMK Policy Brief 115](#), wo dieser Rückgang 3,5 Punkte betrug. Vgl. dazu Fußnote 16.

⁹ Weitere Informationen zu dieser komplexen Komponente bietet der [Methodenbericht des NWI 3.0](#) auf den Seiten 67-73.

¹⁰ Dabei muss allerdings berücksichtigt werden, dass gerade für Umweltkosten auch nach der Weiterentwicklung zum NWI 3.0 immer noch erhebliche Bewertungsschwierigkeiten bestehen.

DASHBOARD „NATIONALER WOHLFAHRTSINDEX“



MAX = höchste steigernde Effekte („bester Wert“) MIN = niedrigste steigernde Effekte („schlechtester Wert“)
MAX = niedrigste mindernde Effekte („bester Wert“) MIN = höchste mindernde Effekte („schlechtester Wert“)

* Merkposten

Kasten 2: Kosten durch Treibhausgasemissionen – eine Frage des Kostensatzes

Zur Berechnung der Kosten durch Treibhausgasemissionen (K18) werden die deutschen Treibhausgasemissionen des jeweiligen Jahres in Tonnen CO_{2e} mit einem jahresspezifischen Schadenskostensatz multipliziert. Die Emissionsdaten entstammen der Berichterstattung des Umweltbundesamts¹¹. Die Schadenskostensätze beruhen auf den Empfehlungen der Methodenkonvention 3.1 zur Ermittlung von Umweltkosten, die ebenfalls vom Umweltbundesamt veröffentlicht werden.¹² Auf Basis der dortigen Empfehlungen und Daten aus dem zugrunde liegenden Modell FUND 3.0 werden beim NWI Kostensätze verwendet, die von 133 Euro pro Tonne CO_{2e} im Jahr 1991 auf 191 Euro₂₀₁₅ pro Tonne CO_{2e} im Jahr 2024 ansteigen.¹³ Eine Übersicht über die verwendeten Treibhausgas (THG)-Emissionswerte und Kostensätze bietet Tabelle 2.

Allerdings empfiehlt das Umweltbundesamt ebenfalls, Szenariorechnungen mit einem alternativen, deutlich höheren Kostensatz durchzuführen. Hintergrund ist, dass einige methodische Grundentscheidungen zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen führen. Zentrale methodische Entscheidungen, welche die Höhe der Kostenschätzung beeinflussen, sind das sogenannte „Equity Weighting“¹⁴ der Schäden auf das Einkommensniveau Westeuropas und die Anwendung einer reinen Zeitpräferenzrate von 1%, mit der die Schadenskosten künftiger Jahre auf das Jahr der Emission abdiskontiert werden. Mit einer positiven Zeitpräferenzrate wird ausgedrückt, dass die Wohlfahrt heutiger Generationen höher gewichtet wird als die Wohlfahrt künftiger Generationen. Sollen heutige und künftige Wohlfahrt oder Wohlfahrtsminderungen gleich bewertet werden, ist dagegen eine Zeitpräferenzrate von 0% zu wählen. Für das Jahr 2024 wäre dann ein Schadenskostensatz von 667 Euro₂₀₁₅ pro Tonne CO_{2e}, und damit ein etwa 3,5-mal so hoher Schadenskostensatz anzulegen. Auch die Entwicklung des Kostensatzes wäre dementsprechend unterschiedlich, mit 490 Euro₂₀₁₅ pro Tonne CO_{2e} im Jahr 1991 läge sie zum einen ebenfalls deutlich höher, zum anderen wäre die absolute Änderung zwischen 1991 und 2024 auch deutlich größer. Die Auswirkungen auf Komponente 18 des NWI sind in Abbildung 2 dargestellt. Statt Schäden in Höhe von 136 bis 172 Mrd. € werden bei dem alternativen Kostensatz Schäden im Umfang von 473 bis 607 Mrd. € ausgewiesen. Der Spread ist mit 134 Mrd. € also etwa viermal so hoch wie momentan (36 Mrd. €).

Tabelle 2: THG-Emissionen und Kostensätze

Position	1991	2005	2010	2015	2023	2024
THG-Emissionen (Mio. t CO _{2e})	1.238	1.045	989	960	734	709
Verwendeter Kostensatz (Zeitpräferenzrate 1%, € ₂₀₁₅ / t CO _{2e})	133	139	157	175	190	191
Alternativer Kostensatz (Zeitpräferenzrate 0%, € ₂₀₁₅ / t CO _{2e})	490	512	569	626	665	667

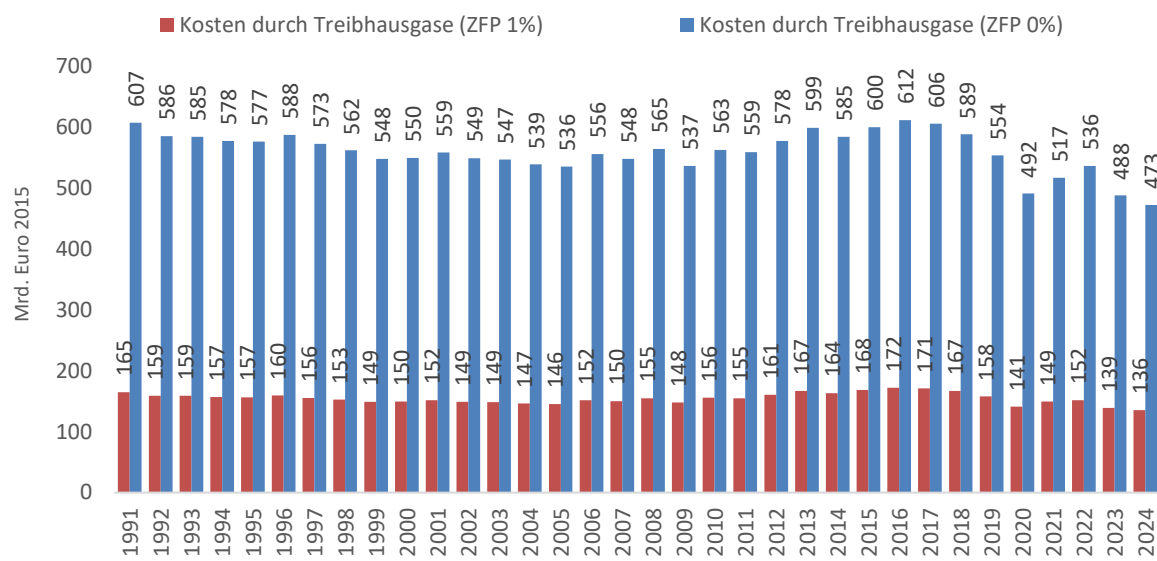
¹¹ Umweltbundesamt (2025): „Gesamtemissionen ohne LULUCF“, in: Emissionsübersichten KSG-Sektoren 1990-2024 (MS Excel). Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt. URL: https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/11867/dokumente/datentabelle_zu_den_treibhausgas-emissionen_2024.xlsx. Der internationale See- und Luftverkehr wurde auf Basis vom UBA bereitgestellter Daten hinzugeschätzt und der Luftverkehr mit dem Emissionsgewichtungsfaktor von 2 gewichtet.

¹² Matthey, A./Bünger, B. (2020): Methodenkonvention 3.1 zur Ermittlung von Umweltkosten. Kostensätze. Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt. URL: <https://tinyurl.com/MK31Kostensaetze>

¹³ Für genauere Erläuterungen dazu siehe [Methodenbericht des NWI 3.0](#), K18, „Berechnungsmethode“, S.110-113.

¹⁴ Beim Equity Weighting werden die Geldwerte der Schäden mit dem durchschnittlichen Einkommen des Landes gewichtet, in dem sie auftreten. Das bedeutet beispielsweise, dass die nominalen Schadenskosten 50-mal höher gewichtet werden, wenn das Pro-Kopf-Einkommen in einem armen Land 50-mal geringer ist. Vgl. Antoff, D./Hepburn, C./Tol (2009); „Equity Weighting and the marginal damage costs of climate change“, in: „Ecological Economics“ Vo. 68, No. 3, 836 – 849.

Abbildung 2: Kosten durch THG-Emissionen mit alternativen Kostensätzen (K18)



Im Sinne einer vorsichtigen Schätzung und da das Umweltbundesamt in der Methodenkonvention 3.1 die Gewichtung mit einer Zeitpräferenzrate von 1% als „Proxy für praktische Politikrelevanz“¹⁵ bezeichnet, wird derzeit im NWI der niedrigere Kostensatz verwendet. Ein Einsatz des höheren Kostensatzes, wofür es durchaus Argumente gibt, würde dazu führen, dass Änderungen bei den THG-Emissionen im NWI ein deutlich höheres Gewicht bekämen. So würden die Reduktionen bei den THG-Emissionen in den 1990er Jahren (Phase 1) zu einer zusätzlichen Steigerung des NWI um 7 Punkte führen, die im Vergleich zu den Steigerungen der Kostensätze ungenügenden Emissionsreduktionen im Zeitraum 2000 bis 2013 (Phase 2 und 3) hingegen zu einem stärkeren Rückgang um 5 Punkte. Schließlich hätten die THG-Reduktionen im Zeitraum 2013 bis 2024 deutlich stärkere positive Auswirkungen auf den NWI; der NWI wäre um 13 zusätzliche Punkte gestiegen.

Das Beispiel der THG-Emissionen zeigt damit zum einen, dass eine genaue Betrachtung der einzelnen Komponenten des NWI anzuraten ist, um dessen Ergebnisse interpretieren zu können, zum anderen, dass es die eine „objektive Wahrheit“ bezüglich der Wohlfahrtsentwicklung nicht gibt, sondern dass stets auch methodische und normative Entscheidungen eine Rolle spielen, die unter Unsicherheit getroffen werden müssen.

¹⁵ Matthey, A./Bünger, B. (2020): Methodenkonvention 3.1 zur Ermittlung von Umweltkosten. Kostensätze. Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt. URL: <https://tinyurl.com/MK31Kostensaetze>

2.3 Phasen der Entwicklung im Zeitraum 1991-2024

Neben dem Blick auf die Entwicklung im Gesamtzeitraum bietet auch die Betrachtung der unterschiedlichen Phasen spannende Einsichten. Rückblickend lassen sich dabei wie erwähnt vier Phasen erkennen, wobei die vierte Phase 2020 abrupt durch die Corona-Pandemie beendet wurde. Der Überfall Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 und dessen Folgen führen dazu, dass bislang noch keine fünfte Phase bestimmt werden kann.

➤ PHASE 1 (1991-1999): NWI UND BIP STEIGEN BEIDE

Steigender Konsum, sinkende Umweltkosten, stagnierende Ungleichheit

Die erste Phase umfasst den Zeitraum 1991 bis 1999. In dieser Phase steigen sowohl der NWI als auch das BIP recht deutlich und in etwa gleicher Höhe an: der NWI um 11,7 Indexpunkte von 89,0 auf 100,7, das BIP um 11,1 Punkte von 86,1 auf 97,2. In dieser Phase erhöhen sich sowohl die privaten (K1: +139 Mrd. €) als auch die staatlichen Konsumausgaben (K4: +58 Mrd. €) deutlich; gleichzeitig sinken umweltschädliche Komponenten: Insbesondere bei den Luftschadstoffen zeigen sich erhebliche positive Entwicklungen (K15: -53 Mrd. €), aber auch bei den THG-Emissionen (K18: -16 Mrd. €) und bei den Kosten durch Wasserverschmutzung (K13: -8 Mrd. €). Gleichzeitig stiegen die Kosten der Ungleichheit zwar an (K7: +45 Mrd. €), was allerdings nicht auf einer gestiegenen Einkommensungleichheit, sondern allein auf zunehmenden Abzügen aufgrund des insgesamt erhöhten Konsumniveaus beruht und insofern auch nur einen Teil der gestiegenen privaten Konsumausgaben (K1) kompensierte. Kurz zusammengefasst traten in dieser Phase zeitgleich steigender Konsum und rückläufige Umweltkosten auf, bei in etwa gleichbleibender Ungleichheit.

➤ PHASE 2 (1999-2005): BIP STEIGT WEITER, NWI FÄLLT

Steigende Ungleichheit, leichter Anstieg bei Konsum und Stagnation bei Umweltkosten

In der zweiten Phase von 1999 bis 2005 entwickeln sich NWI und BIP hingegen gegensätzlich. Während das BIP weiter um insgesamt 5,7 Punkte ansteigt, fällt der NWI um 8,8 Punkte ab. Maßgebliche Verantwortung dafür trägt die in diesem Zeitraum deutlich ansteigende Einkommensungleichheit, die im Zeitraum 1999 bis 2005 zusammen mit einem weiter abnehmenden allgemeinen Grenznutzen (K1) für Abzüge in Höhe von 250 Mrd. € sorgt. Die ansteigenden privaten (K1: +79 Mrd. €) und staatlichen Konsumausgaben (K4: +13 Mrd. €) vermögen dies bei weitem nicht auszugleichen, ebenso wenig wie die nur wenig zurückgehenden Umweltkosten (K12-K21: -7 Mrd. €). In der Gesamtbetrachtung steht ein Minus von 147 Mrd. € (8,8 Indexpunkte).

➤ PHASE 3 (2005-2013): BIP STEIGT WEITER, NWI BLEIBT KONSTANT

Ungleichheit unverändert, Umweltkosten und Konsum steigen leicht an

In der dritten Phase im Zeitraum 2005 bis 2013 zeigen sich erneut deutliche Unterschiede zwischen BIP und NWI: Während das BIP trotz des Einbruchs im Zuge der Finanzkrise 2009 um insgesamt 11,3 Punkte weiterhin ansteigt, bleibt der NWI in etwa konstant (+0,3 Punkte). Dabei zeigt ein Blick auf die einzelnen Komponenten des NWI, dass die Einkommensungleichheit auf dem höheren Niveau stagniert, während sowohl Konsum (K1: +48 Mrd. €; K4: +45 Mrd. €) als auch Umweltkosten (K12-21: -27 Mrd. €) leicht steigen. Die steigenden Konsumausgaben führen aufgrund der Annahme des abnehmenden Grenznutzens bei dem im Vergleich zur ersten Phase höheren Niveau der Einkommensungleichheit zu höheren Abzügen (K7: -55 Mrd. €). Hinzu kommt, dass die für Hausarbeit eingesetzte Zeit und damit auch deren Bewertung abnimmt (K2: -41 Mrd. €). Insgesamt führt dies dazu, dass der NWI in dieser Phase relativ konstant bleibt. Interessant ist, dass der NWI im Jahr 2009, dem Jahr der Weltwirtschafts- und -finanzkrise, eine Steigerung ausweist, anders als das BIP. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Krise nicht beziehungsweise nur in sehr geringem Maße auf die Konsumausgaben durchschlug, gleichzeitig aber eine Reduktion der Umweltbelastungen und ein leichter Rückgang der Einkommensungleichheit zu beobachten war.

➤ PHASE 4: (2013-2019): BIP UND NWI STEIGEN BEIDE

Steigender Konsum, sinkende Umweltkosten, stagnierende Ungleichheit

Zwischen 2013 und 2019 steigen BIP und NWI in ähnlichem Umfang: das BIP um 13,1 und der NWI um 12,7 Indexpunkte. Der Haupttreiber für die positive Entwicklung des NWI sind die gestiegenen privaten Konsumausgaben: Von 2013 bis 2019 gab es hier einen preisbereinigten Zuwachs um 164 Mrd. €. Auch die staatlichen Konsumausgaben erhöhten sich relativ deutlich um 50 Mrd. €. Erfreulicherweise zeigen sich auch Fortschritte

bei den Umweltkosten (K12-21), die um 64 Mrd. € zurückgingen, maßgeblich verursacht durch den Ausbau der Erneuerbaren Energien und damit einhergehend den geringeren Verbrauch von fossilen Energieträgern. Das führte zusammen mit der sich zwar nicht verbessernden, aber sich auch nicht verschlechternden Einkommensungleichheit zum Anstieg des NWI. Dabei muss aber darauf verwiesen werden, dass gerade im Umweltbereich noch Lücken bezüglich der Vollständigkeit und Datenverfügbarkeit bestehen.

➤ **CORONA-PANDEMIE & FLUTKATASTROPHE (2019-2021): NWI FÄLLT STÄRKER ALS BIP**

Sinkender Konsum, sinkende Umweltkosten, leicht steigende Ungleichheit

Durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie sind im Jahr 2020 sowohl das BIP als auch der NWI deutlich gefallen, das BIP um 5,3 Punkte, der NWI um 6,6 Punkte.¹⁶ Zentraler Grund für den Rückgang des NWI sind die privaten und staatlichen Konsumausgaben, die zusammen um 156 Mrd. € zurückgingen (K1: -140 Mrd. €, K4: -16 Mrd. €). Dass der NWI nicht noch stärker fiel, hängt damit zusammen, dass mit dem Konsum und der wirtschaftlichen Aktivität auch die dadurch verursachten Umweltbelastungen zurückgingen (K12-21: -51 Mrd. €). So reduzierten sich die Kosten durch THG-Emissionen um 17 Mrd. € und die Ersatzkosten für den Verbrauch nicht-erneuerbarer Energieträger sogar um 26 Mrd. €. Zudem gingen die volkswirtschaftlichen Schäden durch Verkehrsunfälle um 5 Mrd. € und damit deutlich zurück.

Im Jahr 2021 hingegen unterscheiden sich die Entwicklungen von BIP und NWI. Das BIP stieg um 4,8 Punkte und machte damit den Großteil der Verluste des Vorjahrs wieder wett. Dahingegen fiel der NWI erneut, diesmal um 2,2 Punkte. Dafür trägt die Flutkatastrophe an Ahr und Erft die maßgebliche Verantwortung (K17: +33 Mrd. €), darüber hinaus stehen den sich erholenden privaten und staatlichen Konsumausgaben (K1: +44 Mrd. €, K4: +28 Mrd. €) aber auch weitere steigende Umweltkosten gegenüber (K12-21 exkl. K17: +22 Mrd. €). Ohne die Flutkatastrophe wäre der NWI in etwa konstant geblieben, hätte sich also ebenfalls anders entwickelt als das BIP. In einer Gesamtbetrachtung muss allerdings festgehalten werden, dass die Wohlfahrtswirkungen der Corona-Pandemie im NWI nur unvollständig abgebildet werden können, was sowohl methodische Ursachen als auch Datenverfügbarkeitsgründe hat. Für weitergehende Ausführungen dazu sei auf den IMK Policy Brief 115 zum NWI des Jahres 2021¹⁷ verwiesen.

➤ **POST-CORONA & UKRAINE-KRIEG (2022-2024): NWI STEIGT STÄRKER ALS BIP**

Stark steigender Konsum, sinkende Umweltkosten, stagnierende Ungleichheit

Der deutliche Anstieg des NWI im Jahr 2022 um 9,5 Punkte übertrifft die Steigerung des BIP (+2,3 Punkte) um ein Vielfaches und ist maßgeblich auf sich deutlich erholende Konsumausgaben (K1: +116 Mrd. €; K4: +19 Mrd. €) und gleichzeitig sinkende Umweltkosten (K12-21: +44 Mrd. €) zurückzuführen. Dabei ist der Rückgang bei den Umweltkosten vor allem dadurch begründet, dass im Jahr 2022 eine so schwerwiegende Naturkatastrophe wie die Flut an Ahr und Erft ausblieb (K17: +30 Mrd. €).¹⁸ Im Jahr 2023 fällt das BIP um 1,1 Punkte, während der NWI um 2,6 Punkte ansteigt. Maßgeblich verursacht ist dieser Anstieg durch sinkende Umweltkosten (K12-21: +34 Mrd. €) und leicht steigende private Konsumausgaben (K1: + 8 Mrd. €). Allerdings beruhen die sinkenden Umweltkosten zu einem guten Teil auf Energieverbrauchsreduktionen, die wiederum zum Teil auf Produktionsrückgänge zurückgehen. Deren Nachhaltigkeit ist insofern sowohl aus wirtschaftlicher als auch umweltpolitischer Sicht unsicher.¹⁹ Die Entwicklung im Jahr 2024 und deren Gründe sind ausführlich in Kapitel 2.1 beschrieben. Während der NWI um etwa 2,5 Punkte ansteigt, fällt das BIP leicht um 0,6%.

¹⁶ Dabei ist darauf hinzuweisen, dass der Rückgang des NWI von 2019 auf 2020 in vorherigen Berechnungen und Veröffentlichungen (vor 2024) deutlich geringer ausfiel. Maßgeblich verantwortlich dafür sind korrigierte Daten der VGR zu den privaten Konsumausgaben, die nun einen deutlich größeren Rückgang ausweisen, sowie neue Verteilungsdaten vom DIW Berlin basierend auf dem SOEP für das Jahr 2020 bezüglich der verfügbaren Einkommen. Da sich dort höhere reale Einkommen zeigen, steigen die Abzüge aufgrund der angenommenen Nutzenfunktion (abnehmender Grenznutzen) an.

¹⁷ Held, Benjamin/ Rodenhäuser, Dorothee/ Diefenbacher, Hans (2022): NWI 2021 - Rückgang der Wohlfahrt in der Corona-Pandemie IMK Policy Brief, Düsseldorf. URL: <https://www.imk-boeckler.de/de/faust-detail.htm?produkt=HBS-008226>

¹⁸ Die Entwicklung im Jahr 2022 und deren Gründe sind ausführlich in der IMK Study 89 dargestellt.

Held, B./Rodenhäuser, D./Diefenbacher, H. (2023): NWI 2023 - Starker Anstieg durch mehr Konsum, Energieeinsparungen und geringere Schäden durch Naturkatastrophen. IMK Study 89, Düsseldorf. URL: <https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?produkt=HBS-008766>

¹⁹ Siehe dazu Kapitel 3 in Held, B./ Rodenhäuser, D. (2024): NWI 2024 - Anstieg bei unterschiedlicher Entwicklung von Umweltschäden, Konsum und Ungleichheit. IMK Study Nr. 96, Düsseldorf. URL <https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?produkt=HBS-009007>

3 Im Fokus: Investitionen und deren Wohlfahrtswirkung

Die Frage, ob und wenn ja, auf welche Art und Weise Investitionen in ein Wohlfahrtsmaß wie den NWI aufgenommen werden (sollten), hängt maßgeblich davon ab, welche zeitliche Perspektive in dem Wohlfahrtsmaß eingenommen wird. Soll allein die Wohlfahrt bzw. der Nutzen in der jeweiligen Periode betrachtet werden, so ist nur der Teil der Investitionen einzubeziehen, der in der laufenden Periode direkt „genutzt“ wird. Denn Investitionen „erbringen“ ihren Nutzen über einen längeren Zeitraum, nämlich über die gesamte Lebensdauer des Investitionsguts. So ist beispielsweise eine Brücke nicht nur im Jahr ihrer Fertigstellung befahrbar, sondern über mehrere Jahrzehnte.

Vor diesem Hintergrund ist es gängige Praxis, zur Abbildung des jährlichen Nutzens von Investitionen die Abschreibung auf das jeweilige Investitionsobjekt in das Wohlfahrtsmaß einzurechnen. Diese ergeben sich, indem man die Herstellungskosten durch die (angenommene) Lebensdauer teilt. Dieses Vorgehen wird so auch beim NWI praktiziert, bei dem die Abschreibungen auf das Anlagevermögen des Staates in Komponente 4 „Konsumausgaben des Staates“ enthalten sind.²⁰ Allerdings geht diese alleinige Betrachtung des jeweils perioden-genauen Nutzenstroms – jenseits der Frage, davon ob die Abschreibungen diesen adäquat wiedergeben – mit einem „Nachhaltigkeits-Problem“ einher: Übersteigen die Abschreibungen die Neu-Investitionen (Bruttoinvestitionen), so führt dies zu einer Verringerung des Kapitalstocks. Diese „Aufzehrung“ des Kapitalstocks, repräsentiert durch negative Nettoanlageinvestitionen, verringert die Möglichkeiten zur Wohlfahrtserzielung in zukünftigen Perioden. Je nach Lebensdauer der Investitionsobjekte zeigt sich dies erst deutlich verzögert, nämlich – auf den Einzelfall bezogen – in dem Moment, in dem das Investitionsgut komplett abgeschrieben ist und nicht für adäquaten Ersatz oder durch Instandhaltung für eine längere Nutzbarkeit gesorgt wurde. Anders als bei den Abschreibungen müssen dabei bei der Frage der Investitionen nicht nur die staatlichen, sondern auch die Investitionen des privaten Sektors berücksichtigt werden, besteht hier doch potenziell dieselbe Nachhaltigkeitsproblematik.²¹

Wie stellt sich nun die Situation in Deutschland hinsichtlich dieses Kapitalstocks dar? Die vorliegende Datenlage lässt vermuten, dass zumindest ein Teil der Kapitalanlagen in Deutschland in den letzten Jahrzehnten „auf Verschleiß gefahren“ wurde. Allerdings muss der Antwort vorweggeschickt werden, dass die Frage, wie die Entwicklung des Kapitalstocks und der Nettoanlageinvestitionen adäquat abgebildet werden kann, überaus komplex ist und auch vom jeweiligen Betrachtungszusammenhang abhängt. Das Statistische Bundesamt weist zwar entsprechende Zahlen aus, ob bzw. inwieweit diese jedoch ein gutes Abbild der tatsächlichen Entwicklung des Kapitalstocks und der darüber erzielbaren Nutzenströme darstellen, darüber wird kontrovers diskutiert.²² Diese Unsicherheiten sind auch ein zentraler Grund dafür, warum entsprechende Daten bislang nicht in den NWI aufgenommen wurden. Hinzu kommt, dass die Nettoanlageinvestitionen aufgrund der Art der Einbeziehung der Abschreibungen nicht preisbereinigt vorliegen. Dies einschränkend gesagt, zeigen die Daten des Statistischen Bundesamt, dass die Nettoanlageinvestitionen in der Gesamtaggregation und der gemeinsamen Betrachtung von staatlichem und nicht-staatlichem Sektor in jedem Jahr positiv ausfallen. In der Summe sind sie (in jeweiligen Preisen) um etwa

²⁰ Siehe dazu auch Rodenhäuser, Dorothee; Held, Benjamin; Diefenbacher, Hans (2019): Der Nationale Wohlfahrtsindex - Weiterentwicklung der Komponenten Einkommensverteilung und Staatsausgaben, Kapitel 4.4.1. URL: https://www.imk-boeckler.de/de/faust-de-tail.htm?sync_id=HBS-007126

²¹ Die privaten Abschreibungen müssen hingegen nicht extra berücksichtigt werden, spiegeln sich deren Wohlfahrtseffekte doch in den privaten Konsumausgaben wider, die im NWI bereits als zentrale Komponente enthalten sind (K1). Dies ist bei den dem Staatskonsum zugeordneten Abschreibungen hingegen nicht der Fall, sind diese doch über Steuern und Abgaben (und ggf. Schuldenaufnahme) finanziert, die wiederum nicht im privaten Konsum enthalten sind.

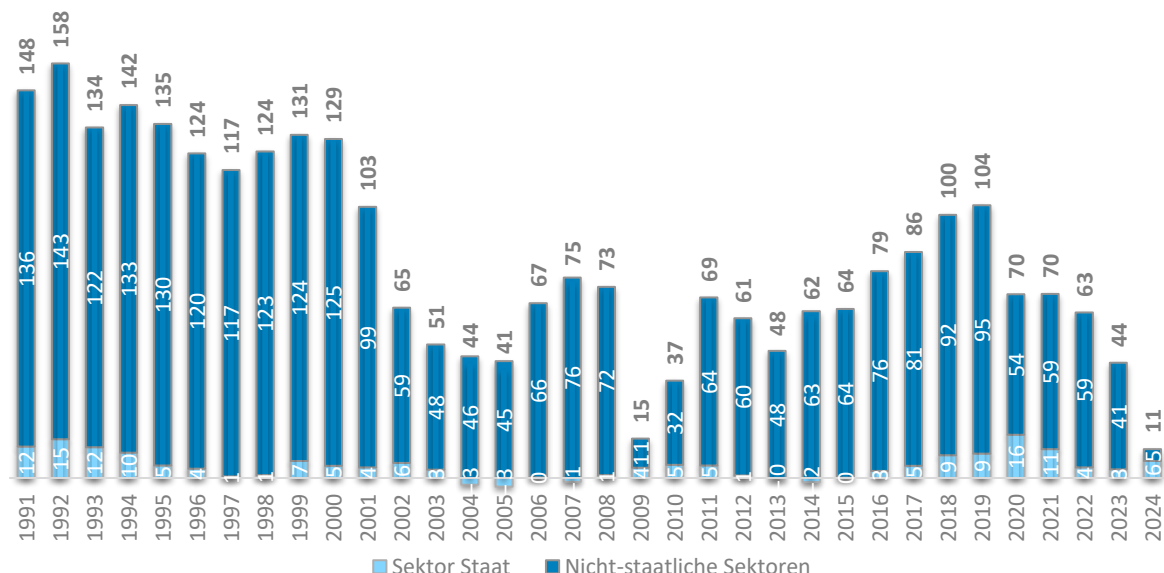
²² So weisen beispielsweise Grömling, Hüther & Jung (2019) darauf hin, dass die bei den Nettoinvestitionen angenommenen Abschreibungen nicht dem faktischen Verschleiß im Produktionsprozess entsprechen (müssen), sowie das nicht berücksichtigt wird, dass technologischer Fortschritt zu niedrigeren Ersatzinvestitionskosten führen kann. Für sie ist deswegen hinsichtlich der Analyse und Beurteilung der Kapitalstockentwicklung das Bruttoanlagevermögen aussagekräftiger. Dahingegen sieht Martin Gornig (2019) weiterhin in der längerfristigen Betrachtung der Nettoinvestitionen eine wichtige Orientierungsgröße bei der Analyse solcher Fragestellungen.

Quellen: Grömling, Michael/ Hüther, Michael/ Jung, Markos (2019): Verzehrt Deutschland seinen staatlichen Kapitalstock? In: Wirtschaftsdienst, 99. Jahrgang, 2019 Heft 1 S. 25–31. URL: <https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2019/heft/1/beitrag/verzehrt-deutschland-seinen-staatlichen-kapitalstock.html>

Gornig, Martin (2019): Investitionslücke in Deutschland: Und es gibt sie doch! Vor allem Kommunen sind arm dran. DIW aktuell. URL: https://www.diw.de/de/diw_01.c.621741.de/publikationen/diw_aktuell/2019_0019/investitionsluecke_in_deutschland_und_es_gibt_sie_doch_vor_alle_m_kommunen_sind_arm_dran.html

2,84 Billionen Euro angestiegen, wobei der Großteil von 2,69 Billionen Euro auf die nicht-staatlichen Sektoren entfällt.²³ Allerdings zeigt sich ein abnehmender Trend, wobei sich insbesondere im Vergleich zu den 1990er Jahren deutliche Unterschiede zeigen (siehe Abbildung 3): Während die Nettoanlageinvestitionen in jeweiligen Preisen im Zeitraum 1991 bis 2000 im Durchschnitt bei 134 Mrd. €/Jahr lagen, waren es von 2001 bis 2010 im Durchschnitt mit 57 Mrd. €/Jahr weniger als die Hälfte, von 2011 bis 2020 wieder etwas mehr mit 65 Mrd. €/Jahr und 2021 bis 2024 mit 47 Mrd. €/Jahr wieder weniger. Der niedrigste Wert von 11 Mrd. € liegt im Jahr 2024 vor.

Abbildung 3: Entwicklung der Nettoanlageinvestitionen in jeweiligen Preisen in Deutschland



Quelle: Statistisches Bundesamt (2025): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Arbeitsunterlage Investitionen. 4. Vierteljahr 2024. Erschienen am 03.04.2025, aktualisiert am 29.04.2025. Tabelle 3.1.0. URL: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsprodukt/Publikationen/Downloads-Inlandsprodukt/investitionen-xlsx-5811108.html>

Betrachtet man den Sektor „Staat“ alleine, so zeigt sich in der Gesamtsumme von 1991 bis 2024 ebenfalls ein klar positiver Wert von 156 Mrd. €. Allerdings gibt es hier einzelne Jahre mit negativen Werten (2004, 2005, 2007, 2013, 2014). Zudem zeigen sich im staatlichen Sektor deutliche Unterschiede zwischen den Gebietskörperschaften: Während auf Bundes- und Länderebene die Gesamtsummen von 1991 bis 2023 (2024 liegt in dieser Aufschlüsselung noch nicht vor) positiv ausfallen (Bund: 151 Mrd. €; Land: 88 Mrd. €), zeigt sich auf kommunaler Ebene ein Minus von insgesamt 29 Mrd.€. Dies lässt sich wiederum auf negative Entwicklungen im Bereich „Bauinvestitionen“ zurückführen, wo ein Minus in Höhe von 52 Mrd. € vorliegt.

Anders als bei der Flussgröße der jährlichen Nettoanlageinvestitionen werden bei der Bestandsgröße des Nettoanlagevermögens preisbereinigte Werte ausgewiesen. Dies ist deswegen möglich, weil hier Wiederbeschaffungspreise für die Berechnung herangezogen werden. Aufgrund einer anderen Systematik (hier wird die WZ2008 verwendet) ist es allerdings nicht ohne weiteres möglich, zwischen dem staatlichen und den nicht-staatlichen Sektoren zu unterscheiden. Daher beschränkt sich die Darstellung auf die Gesamtentwicklung: Hier zeigt sich von 1991 bis 2024 ein kontinuierlicher Anstieg um insgesamt 43%.²⁴ Allerdings kann man auch hier eine deutliche Abschwächung im Vergleich zu den 1990er Jahren erkennen: Während der durchschnittliche jährliche Zuwachs (ausgedrückt in Preisen des Jahres 2020) im Zeitraum 1991 bis 2000 noch bei 20 Mrd. €/Jahr lag, fielen die Werte von

²³ Quelle: Statistisches Bundesamt (2025): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Arbeitsunterlage Investitionen. 4. Vierteljahr 2024. Erschienen am 03.04.2025, aktualisiert am 29.04.2025. URL: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsprodukt/Publikationen/Downloads-Inlandsprodukt/investitionen-xlsx-5811108.html>

²⁴ Quelle: Statistisches Bundesamt (2025): VGR des Bundes - Nettoanlagevermögen (Wiederbeschaffungspreise/preisbereinigt): Deutschland, Jahre, Wirtschaftsbereiche, Anlagearten. GENESIS-Datenbank. Code: 81000-0131. Zugriff am 05.09.2025. URL: <https://www-genesis.destatis.de/datenbank/online/table/81000-0131/>

2001 bis 2010 mit 7,3 Mrd. €/Jahr, von 2011 bis 2020 mit 8,1 Mrd. €/Jahr und von 2021-2024 mit 3,8 Mrd. €/Jahr deutlich geringer aus. Das Jahr 2024 weist mit 0,1 Mrd. € den niedrigsten Wert in der Zeitreihe auf.

Was bedeutet das nun für den NWI und die durch ihn ausgewiesene Wohlfahrtsentwicklung? Zunächst kann noch einmal festgehalten werden, dass die Entwicklung des Kapitalstocks bislang nicht im NWI abgebildet ist. Da der NWI eine erweiterte Wohlfahrtsperspektive einnimmt, die über die Abbildung der in der jeweiligen Betrachtungsperiode erfahrenen Wohlfahrt hinausgeht und im Sinne einer Nachhaltigkeits- und Verantwortungsperspektive auch (potenzielle) Auswirkungen auf die Wohlfahrt in Zukunft und ggf. auch in anderen Teilen der Welt mit einbezieht, kann dies durchaus als relevante Leerstelle des NWI betrachtet werden, die geschlossen werden sollte.²⁵ Bislang haben die oben angerissenen Probleme hinsichtlich der adäquaten Messung der wohlfahrtsrelevanten Änderung des Kapitalstocks dazu geführt, dass eine Aufnahme dieses Aspekts in den NWI nicht stattfand. Angesichts der grundlegenden Relevanz dieses Aspekts für die künftige wirtschaftliche Entwicklung und die nachhaltige Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen, die in verschiedenen Studien aufgezeigt wurde²⁶ und sich politisch unter anderem im Sondervermögen „Infrastruktur“ zeigt, liegt es jedoch nahe, dies im Zuge der nächsten methodischen Überarbeitung des NWI erneut zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen. Welche Auswirkungen dies auf die Entwicklung des NWI hätte, lässt sich im Vorhinein nicht verlässlich schätzen, hängt dies doch stark von der konkret eingesetzten Methodik zur Einbeziehung der Kapitalstockänderungen ab.²⁷

²⁵ So folgt die Aufnahme und verwendete Methodik bei den „Kosten durch Treibhausgase“ (K18) dieser Perspektive. Näheres zur Wohlfahrtsperspektive des NWI, sowie auch den einzelnen Komponenten ist im Methodenbericht in den Kapiteln 3.2 und 4 zu finden.

Held, B./Rodenhäuser, D./Diefenbacher, H. (2021): Nationaler Wohlfahrtsindex 3.0 Methodenbericht. Heidelberg: FEST. URL: https://www.imk-boeckler.de/fpdf/HBS-008250/p_imk_study_78_2022.pdf

²⁶ Vgl. dazu z.B. Dullien, S./ Gerards Iglesias, S./ Hüther, M./ Rietzler, K. (2024): Herausforderungen für die Schuldenbremse: Investitionsbedarfe in der Infrastruktur und für die Transformation. IMK Policy Brief Nr. 168. URL: <https://www.imk-boeckler.de/de/faust-de-tail.htm?produkt=HBS-008864>

²⁷ So zeigen beispielhaft durchgeführte Auswertungen auf Basis des Nettoanlagevermögens relativ geringe jährliche Beträge, die dann auch mit eher geringen Auswirkungen auf den NWI verbunden wären. Anders sähe es möglicherweise aus, könnten direkt die Nettoanlageinvestitionen herangezogen werden, wobei hier zunächst die Frage der Preisbereinigung zu klären wäre. Wiederum andere Effekte würde ggf. eine Einbeziehung auf Basis des Bruttoanlagevermögens mit sich bringen. Zudem sind weitere methodische Fragen zu klären, beispielsweise wie mit Investitionen im militärischen Bereich und dem Bereich Forschung und Entwicklung umgegangen wird, sowie ob Aspekte wie der Modernisierungsgrad einbezogen werden könnten und müssten.

4 Erste Abschätzungen zur Wohlfahrtsentwicklung im Jahr 2025

Wie sich der NWI im Jahr 2025 entwickeln wird, kann bislang nur mit großer Unsicherheit abgeschätzt werden, da entsprechende Daten noch nicht vorliegen. Auf Basis zum September 2025 bereits vorliegender Datenquellen können jedoch einige erste Einschätzungen diesbezüglich vorgenommen werden. So lassen die vorläufigen Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zu den Konsumausgaben im ersten Halbjahr 2025 ein Ansteigen des NWI im Jahr 2025 vermuten. Demnach ist der private Konsum preisbereinigt im Vergleich zum Vorjahresquartal im ersten Quartal um 0,8% und im zweiten Quartal um 1,2% gestiegen. Die staatlichen Konsumausgaben erhöhten sich noch deutlicher, nämlich im Vergleich zum Vorjahresquartal um 2,9% im ersten und um 2,1% im zweiten Quartal.²⁸

Dahingegen lassen die vorläufigen Berechnungen der AG Energiebilanzen für das erste Halbjahr 2025 eine negative Entwicklung der Umweltkomponenten des NWI wahrscheinlich erscheinen.²⁹ Denn diese zeigen einen Anstieg des Energieverbrauchs um 2,3%, wobei es insbesondere zu Steigerungen bei fossilen Energieträgern kam. So stieg der Verbrauch von Erdgas um 4,7% und der von Mineralöl um 2,6%. Die Erneuerbaren legten zwar ebenfalls zu, mit einem Plus von 1,3% aber weniger stark. Auf Basis dieser Entwicklungen schätzt die AG Energiebilanzen, dass die energiebedingten CO₂-Emissionen im ersten Halbjahr 2025 im Vergleich zum Vorjahr um 6 Millionen Tonnen höher liegen, was einem Anstieg um 2,6% entspricht. Im NWI werden diese Entwicklungen zu negativen Wohlfahrtseffekten bei den Umweltkomponenten führen, wobei das genaue Ausmaß von der Entwicklung im zweiten Halbjahr abhängt. Diese Erhöhungen können auch als Hinweis darauf gelten, dass auf Krisen beruhende Rückgänge des Energieverbrauchs hinsichtlich ihrer Wohlfahrtswirkung mindestens ambivalent und gegebenenfalls auch nicht von Dauer sind. Statt dieser Rückgänge „by disaster“ sind Änderungen „by design“, die durch politische Instrumente, das Setzen geeigneter Rahmenbedingungen und dann entsprechendes gesellschaftliches Handeln erreicht werden, nachhaltiger und daher anzustreben.

Großen Einfluss auf den NWI hat die Entwicklung der Einkommensungleichheit. Es liegen allerdings momentan keine Daten und Studien vor, die diesbezüglich für 2025 eine sichere Abschätzung zulassen. Die „Nullrunde“ beim Bürgergeld spricht eher für eine Erhöhung, ebenso wie die leicht überdurchschnittliche Erhöhung der durchschnittlichen Löhne im Vergleich zum Mindestlohn: So sind ist der Nominallohnindex im Vergleich zum Vorjahr im ersten Quartal um 3,6% und im zweiten Quartal um 4,1% angestiegen, beim Mindestlohn fiel die Erhöhung mit 3,3% etwas niedriger aus.³⁰ Wie wirkmächtig diese Entwicklungen jeweils sind und wie groß der Einfluss anderer Faktoren wie die Entwicklung von Vermögenseinkommen ausfällt, wird sich erst in den Auswertungen des Mikrozensus Mitte 2026 zeigen.

Die Richtung der Entwicklung des NWI im Jahr 2025 ist also noch unsicher. Nach aktuellem Kenntnisstand scheint aufgrund der Erhöhungen beim privaten und staatlichen Konsum ein leichter Anstieg am wahrscheinlichsten, der allerdings durch die negativen Effekte des höheren fossilen Energieverbrauchs gedämpft wird. Anders als in den Jahren 2023 und 2024, in denen der NWI stieg und des BIP leicht fiel, könnte die Entwicklung von NWI also relativ ähnlich oder zumindest nicht gegensätzlich zu der des BIP ausfallen. Für das BIP wird aktuell eine weitgehende Stagnation, aber doch leichte Steigerung prognostiziert.³¹ Ein Anstieg der Einkommensungleichheit, möglicherweise auftretende Naturkatastrophen sowie andere aktuell noch nicht absehbare Entwicklungen könnten jedoch auch dazu führen, dass die Bilanz des NWI negativ ausfällt.

Zwei Szenariorechnungen, wie die Wohlfahrt mittelfristig bis 2035 auf nachhaltige Art und Weise erhöht werden könnte, werden in Kapitel 5 vorgestellt. Zunächst sei aber auf den nachfolgenden **Kasten 3** verwiesen, in dem der NWI in das Konzept der sogenannten Donut-Ökonomie eingeordnet und verdeutlicht wird, dass eine weitere Reduktion des Umweltverbrauchs unbedingt notwendig ist.

²⁸ DESTATIS (2025): Verwendung des Bruttoinlandsprodukts. Abruf am 14.10.2025. URL: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Verdienste/Realloehne-Nettoverdienste/Tabellen/reallohnentwicklung-quartal.html>

²⁹ AG Energiebilanzen (2024): Energieverbrauch in Deutschland. Daten für das 1. und 2. Quartal 2025. URL: https://ag-energiebilanzen.de/wp-content/uploads/quartalsbericht_q2_2025.pdf

³⁰ DESTATIS (2025): Reallohnentwicklung. Abruf am 16.10.2025. URL: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsprodukt/Tabellen/bruttoinlandsprodukt-verwendung-viertel-jahre.html>

³¹ So geht das IMK in seiner Prognose vom September von einem BIP-Wachstum von 0,2% im Jahr 2025 aus. Siehe Breuer, C./ Dullien, S./ Herzog-Stein, A./ Rietzler, K./ Stephan, S./ Theobald, T./ Tober, S./ Watzka, S. (2025): Inlandsnachfrage trägt Konjunktur - Fiskalpolitik kompensiert Exportflaute - Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung 2025/2026. IMK Report Nr. 197. URL: <https://www.imk-boeckler.de/de/faust-detail.htm?produkt=HBS-009237>

Kasten 3: Einordnung des NWI in das Konzept der Donut-Ökonomie

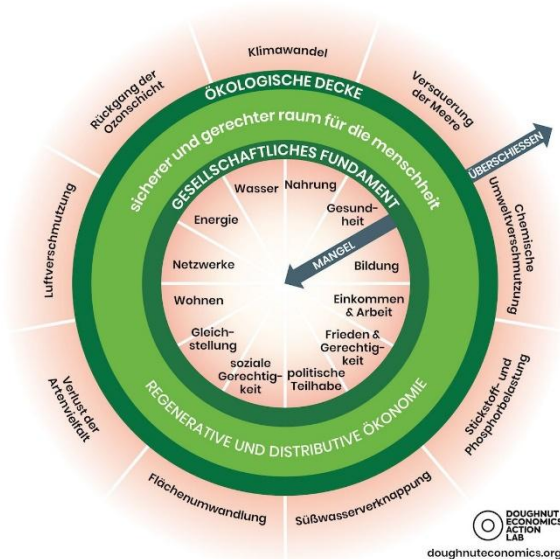
Vor dem Hintergrund der konzeptionellen Beschränkungen und der Datenrestriktionen, die der NWI als monetäres Wohlfahrtsmaß aufweist (siehe Kasten 1), macht es Sinn, dessen Ergebnisse in einen breiteren Rahmen einzuordnen. Dafür bietet sich das Konzept der Donut-Ökonomie an, das wesentlich von Kate Raworth entwickelt wurde.³² Nach diesem Konzept ist der Raum, in dem die Menschheit sicher und gerecht wirtschaften kann, von zwei Seiten begrenzt: zum einen aus ökologischer Sicht am äußeren Rand durch die „Ökologische Decke“ (ecological ceiling), die auf den planetaren Belastungsgrenzen beruht; auf der anderen Seite durch den inneren Rand, durch das gesellschaftliche Fundament, das die Erfüllung der Grundbedürfnisse und weitere Kriterien sozialer Gerechtigkeit und Teilhabe umfasst. Der „sichere und gerechte Raum für die Menschheit“ (safe and just space for humanity), in dem die Menschheit wirtschaften kann, ist ausschließlich innerhalb dieser Grenzen angesiedelt, also der Form nach innerhalb des „Donuts“.

Zur Einordnung und als Einrahmung für den NWI ist die Donut-Ökonomie insbesondere deswegen gut geeignet, weil auf diese Weise die Problematik des NWI adressiert wird, dass es sich bei ihm um ein Maß der schwachen Nachhaltigkeit handelt, bei dem verschiedene Wohlfahrtsaspekte miteinander und damit auch gegeneinander aufgerechnet werden (Substituierbarkeit). Denn in der Donut-Ökonomie wird durch die ökologische Decke und die damit verbundenen planetaren Belastungsgrenzen verdeutlicht, dass eine solche Substituierbarkeit Grenzen hat. Selbst wenn der NWI ein Ansteigen ausweist, beispielsweise weil der Nutzen aus zusätzlichem Konsum die im NWI abgebildeten negativen Umweltwirkungen übersteigt, ist die Überschreitung der planetaren Belastungsgrenzen trotzdem ein klares Warnsignal, das zu unmittelbarem politischen Handeln auffordert. Kongruent verhält es sich beim gesellschaftlichen Fundament: Zwar sind wichtige Aspekte

wie die Ungleichheit, ein abnehmender Grenznutzen des Konsums und wohlfahrtsstiftende staatliche Ausgaben (z. B. im Gesundheits- und Bildungsbereich) im NWI enthalten; auch hier kann aber argumentiert werden, dass ein gewisses Mindestmaß gewährleistet sein sollte. Eine Unterschreitung dieser Schwellenwerte kann deswegen auch auf dieser Seite als klares Warnsignal und Indikation zum politischen Handeln gesehen werden, jenseits der Entwicklung des aggregierten monetären Wohlfahrtsmaßes NWI.

Für den NWI folgt daraus, dass dieser dann am aussagekräftigsten ist, wenn sich die Ökonomie und die Gesellschaft innerhalb des Donuts befinden, also innerhalb des „sicheren und gerechten Raums für die Menschheit“. Sobald der Donut verlassen wird, entweder weil die ökologischen Grenzen überschritten sind oder das gesellschaftliche Fundament bröckelt, verliert die vom NWI aufgezeigte Entwicklung der Wohlfahrt an Aussagekraft. Der NWI ist auch in solchen Fällen keineswegs bedeutungslos, fasst er doch wohlfahrtsrelevante ökonomische, ökologische und soziale Komponenten zusammen, die auch jenseits der jeweilig unter- oder überschrittenen Grenzen zu einem großen Teil ihre Relevanz behalten. Der Behebung der durch das Konzept der Donut-Ökonomie aufgezeigten Missstände sollte jedoch höhere Priorität eingeräumt werden, als der NWI allein dies nahelegt. Die einzelnen Komponenten des NWI können dabei wertvolle Informationen und Ansatzpunkte für mögliche Wege zur „wohlfahrtsoptimalen“ Rückkehr in den „sicheren und gerechten (Handlungs-)Raum“ liefern (siehe dazu die Szenariorechnungen in Kapitel 5).

Abbildung 4: Die Donut-Ökonomie



Quelle: K. Raworth, C. Guthier. CC-BY-SA 4.0

³² Raworth, Kate (2018): Die Donut-Ökonomie: Endlich ein Wirtschaftsmodell, das den Planeten nicht zerstört. Carl Hanser Verlag GmbH & Co. Raworth, K. (2025): The Evolving Doughnut. Doughnut Economics Action Lab, Oxford. URL: <https://doi.org/10.64981/XGRX2738>

5 Wege zur nachhaltigen Steigerung der Wohlfahrt

Wie könnte die Wohlfahrt in Deutschland auf nachhaltige Weise gesteigert werden? Welche anderen Strategien als ein alleiniges weiteres Wachstum des Gesamtkonsums, das in Anbetracht der aktuellen Krisen und der bereits bestehenden Übernutzung der Ressourcen und Ökosystemleistungen der Erde nicht dauerhaft tragfähig scheint, könnten verfolgt werden und welchen Einfluss hätten sie auf die Wohlfahrt? Zwei mögliche Wege zeigen die folgenden Szenariorechnungen auf: Szenario 1 über die Reduktion negativer Umweltwirkungen (Szen1) und Szenario 2 über die Reduktion der Einkommensungleichheit (Szen2). Dabei wurde jeweils das Jahr 2035 als Zieljahr gesetzt.

Ausdrücklich sei dabei darauf hingewiesen, dass es sich um simple Szenariorechnungen handelt, die für ausgewählte Komponenten auf gesetzten Zielen beruhende Änderungen abbilden, aber keine Modellierung im Sinne der Berücksichtigung von Querbeziehungen vornehmen. Es handelt sich damit um sogenannte „ceteris paribus“-Szenarien; das heißt, jenseits der beschriebenen Annahmen bleiben alle anderen Faktoren gleich. Unter anderem wird also nicht erfasst, welche Auswirkungen die Szenarien auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt und damit zum Beispiel auf die Konsumausgaben hätten. Die Szenarien haben deswegen lediglich einen illustrativen Charakter; sie zeigen mögliche nachhaltige Wege zur Steigerung der Wohlfahrt, ohne dabei konkrete Aussagen über deren Realisierbarkeit zu treffen.

5.1 Szenario 1: Klimaschutz & Energiewende

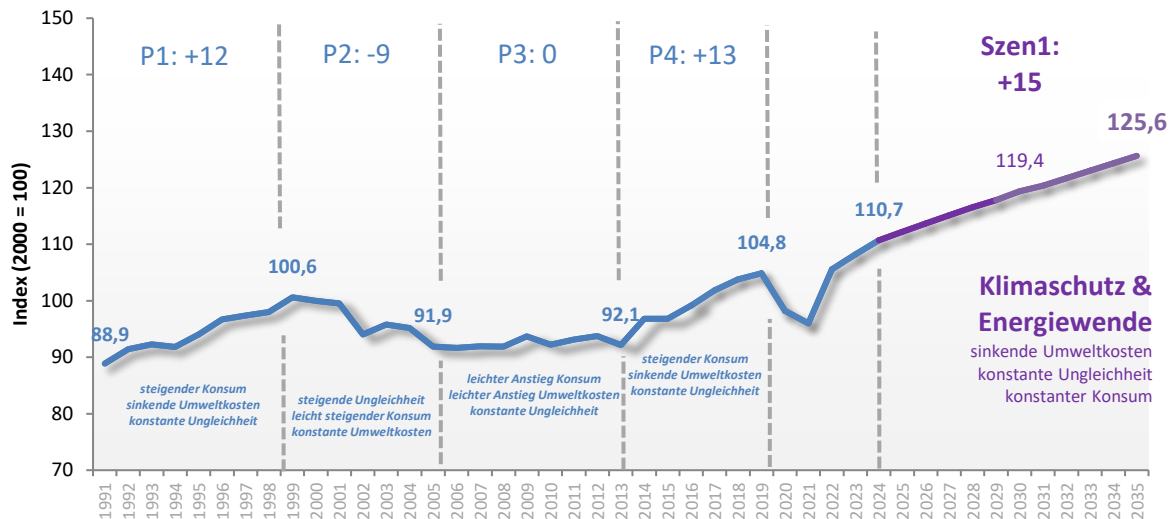
Auch wenn im NWI derzeit noch nicht alle Umweltkosten umfassend erfasst sind, so haben diese doch bereits einen beträchtlichen Einfluss auf die Wohlfahrt. Dies zeigt sich beispielsweise in den 1990er Jahren, als ihre Verbesserung einen großen Teil an der positiven Wohlfahrtsentwicklung ausmachte. Vor dem Hintergrund, dass substanzielle Reduktionen der negativen Umweltwirkungen unbedingt nötig sind (siehe dazu **Kasten 2**), wird in diesem Szenario untersucht, welche Auswirkungen die Umsetzung ausgewählter Ziele des Klimaschutzes und der Energiewende auf die über den NWI gemessene Wohlfahrt hätte. Die Ziele orientieren sich dabei eng an den nationalen Vorgaben zur Einsparung von THG-Emissionen, wie sie im Klimaschutzgesetz aufgeführt sind.³³ Zentral ist dabei die Annahme, dass die THG-Emissionen bis 2035 im Vergleich zu 1990 um (mindestens) 77% gesenkt werden sollen. Diese Minderung wird den „Kosten durch Treibhausgase“ (K18) zugrunde gelegt. Darauf aufbauend wird angenommen, dass sich auch die „Ersatzkosten durch Verbrauch nicht erneuerbarer Energieträger“ (K20) im selben Umfang reduzieren. Zusätzlich wird bei dieser Komponente angenommen, dass aufgrund des technischen Fortschritts und von Skaleneffekten eine Reduktion der Stromgestehungskosten für erneuerbare Energien um 3% pro Jahr stattfindet. Diese Annahme ist nicht direkt in den nationalen Zielvorgaben zu finden, sondern wurde auf Basis vergangener Entwicklungen im Bereich der erneuerbaren Energien sowie Prognosen zu deren zukünftigen Entwicklung selbst gesetzt.³⁴ Alle aus diesen Zielvorgaben abgeleiteten Auswirkungen auf den NWI sind in Tabelle 3 aufgeführt. Zusammen würden die Erreichung dieser Zielvorgaben dazu führen, dass die durch den NWI gemessene Wohlfahrt bis 2035 um 15 Punkte auf einen Indexwert von 125,6 ansteigen würde (siehe Abbildung 5).

Es wurde ein linearer Zielerreichungspfad angenommen und die Berechnungen ceteris paribus durchgeführt. Mit Abstand am größten sind die Auswirkungen bei den „Ersatzkosten durch Verbrauch nicht erneuerbarer Energieträger“ (K20): Durch die Reduktion des fossilen Energieverbrauchs und die Reduktion der Stromgestehungskosten für erneuerbare Energien gehen die ermittelten Ersatzkosten um 73% zurück, was einer Reduktion der negativen Wohlfahrtswirkungen um 164 Mrd. € entspricht. Durch das Ziel der Reduktion der THG-Emissionen um 77% im Vergleich zum Basisjahr 1990 gehen die „Kosten durch Treibhausgase“ (K18) um 75 Mrd. € zurück, was im Vergleich zum Jahr 2024 einer Reduktion um 55% entspricht.

³³ Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG) Anlage 3 (zu § 4 Absatz 1 Satz 4). URL: <https://www.gesetze-im-internet.de/ksg/BJNR251310019.html>

³⁴ Vgl. dazu zum Beispiel: Kost, C. et al. (2021): Stromgestehungskosten. Erneuerbare Energien. Juni 2021. Fraunhofer ISE. URL: https://www.ise.fraunhofer.de/content/dam/ise/de/documents/publications/studies/DE2021_ISE_Studie_Stromgestehungskosten_Erneuerbare_Energien.pdf

Abbildung 5: Szenario 1: Klimaschutz & Energiewende



Die Auswirkungen auf die „Kosten durch Luftschadstoffe“ (K15) wurden schließlich geschätzt, indem angenommen wurde, dass diese im Vergleich zu 2024 halb so stark zurückgehen wie die THG-Emissionen, also um 29%. Dadurch ergeben sich um 12 Mrd. € geringere Kosten.

Zusammengenommen führt die Verbesserung der vier aufgezählten Komponenten zu einer Reduktion der durch Umweltkosten verursachten negativen Wohlfahrtswirkungen um 251 Mrd. € (-62%) und damit bis 2035 zu der bereits erwähnten Steigerung des NWI um 15 Punkte. Würden, wie in **Kasten 2** ausgeführt, höhere Kostensätze für THG-Emissionen eingesetzt, würden die positiven Effekte einer Reduktion dieser Kosten zugleich zu größeren Wohlfahrtssteigerungen führen.

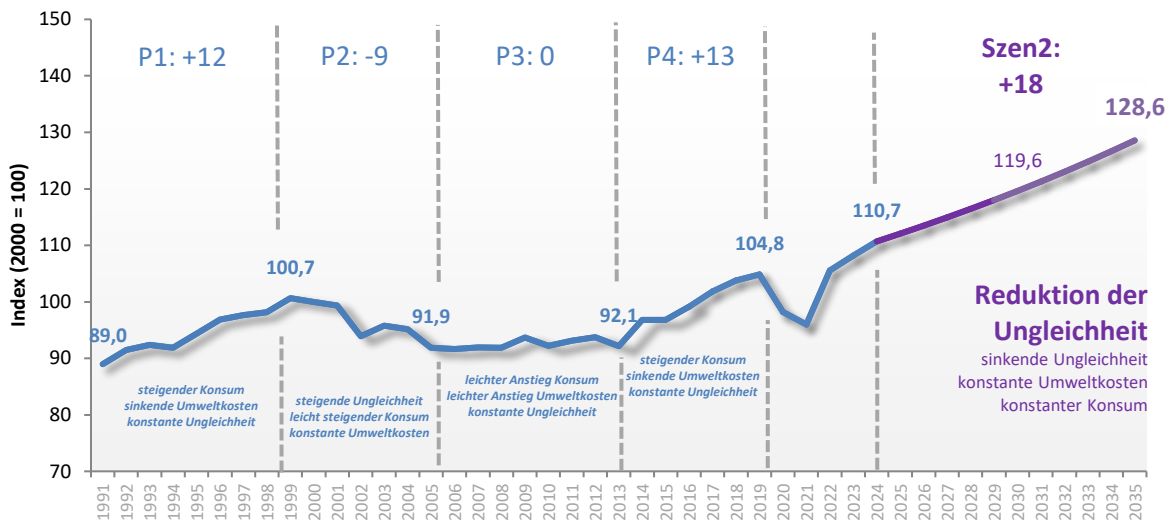
Tabelle 3: Annahmen zu Szenario 1 „Klimaschutz & Energiewende“

Komponente	Annahme und Auswirkung
K18: Kosten durch THG-Emissionen	<ul style="list-style-type: none"> - Senkung der THG-Emissionen bis 2035 um 77% (Basisjahr 1990). Zum Basisjahr 2024 entspricht dies einem Rückgang um 58%. - Reduktion der Abzüge (2024-2035) um 75 Mrd. €
K20: Ersatzkosten durch Verbrauch nicht erneuerbarer Energieträger	<ul style="list-style-type: none"> - Entsprechend der Senkung der THG-Emissionen Senkung des Verbrauchs fossiler Energieträger bis 2035 um 77% (Basisjahr 1990) - Reduktion der Stromgestehungskosten für erneuerbare Energien um 3% pro Jahr - Reduktion der Abzüge (2024-2035) um 164 Mrd. €
K14: Kosten durch Luftschadstoffe	<ul style="list-style-type: none"> - Annahme, dass diese im Vergleich zu 2024 bis 2035 um 29% fallen. Das entspricht der Hälfte des Absinkens der THG-Emissionen von 2024 bis 2035 (-58%) - Reduktion der Abzüge (2024-2035) um 12 Mrd. €

5.2 Szenario 2: Reduktion der Ungleichheit

Die Einkommensungleichheit hat sich in Deutschland in den Jahren 1991 bis 2024 deutlich erhöht. Dabei stieg die Ungleichheit vor allem im Zeitraum von 1999 bis 2005 an. In den NWI geht die Einkommensungleichheit als gewichtender Faktor in die Berechnung der Wohlfahrtswirkungen der privaten Konsumausgaben ein. Dabei gilt der grundsätzliche Zusammenhang: Je größer die Ungleichheit, desto geringer der Nutzen, der pro ausgegebenem Euro erzielt wird und desto größer die negativen Wohlfahrtswirkungen. Begründet ist dies vor allem durch die in der neoklassischen Wohlfahrtstheorie gängige Annahme eines abnehmenden Grenznutzens des Einkommens. Einfach ausgedrückt bedeutet dies nichts anderes, als das zum Beispiel 100 € zusätzliches Einkommen einem Niedrigeinkommens-Haushalt deutlich mehr zusätzlichen Nutzen stiften als einem Millionärshaushalt. Ein nachhaltiger Weg zur Steigerung der Wohlfahrt wäre es demnach also, die Einkommensungleichheit zu reduzieren. Als Zielwert wird dabei das Ungleichheitsniveau des Jahres 1999 ausgewählt. In diesem Jahr lag der Gini-Koeffizient der Einkommensverteilung bei 0,247, was dem minimalen Wert in der Zeitreihe entspricht. Im Jahr 2024 lag der Gini-Koeffizient bei 0,297 und damit ein gutes Stück höher.

Abbildung 6: Szenario 2: Reduktion der Ungleichheit



Welche Auswirkungen es auf die durch den NWI gemessene Wohlfahrt hätte, wenn die Einkommensungleichheit sukzessive linear bis zum Jahr 2035 auf das Niveau gesenkt würde, die im Jahr 1999 in Deutschland vorlag (der Gini-Koeffizient der Einkommensverteilung also wieder bei 0,247 läge), zeigt Abbildung 6. Wie dort zu sehen ist, würde dies zu einer Erhöhung des NWI um insgesamt 18 Punkte von einem Indexwert von 110,7 im Jahr 2024 auf einen Wert von 128,6 im Jahr 2030 führen, da die „Kosten der Ungleichheit“ (Komponente 7) um 300 Mrd. € zurückgehen. Natürlich sind in diesem ceteris paribus-Szenario sekundäre Wirkungen, die mit einer solchen veränderten Einkommensverteilung möglicherweise einhergehen würden, nicht berücksichtigt. Es zeigt aber zum einen eindrucksvoll einen der wichtigsten Unterschiede zwischen BIP und NWI, nämlich, dass Verteilungsfragen beim NWI direkt mitberücksichtigt werden und beim BIP nicht. Zum anderen zeigt es einen möglichen Weg zur Steigerung der gesamtgesellschaftlichen Wohlfahrt, der unabhängig von einer Veränderung des Ressourcenbedarfs erreicht werden könnte.

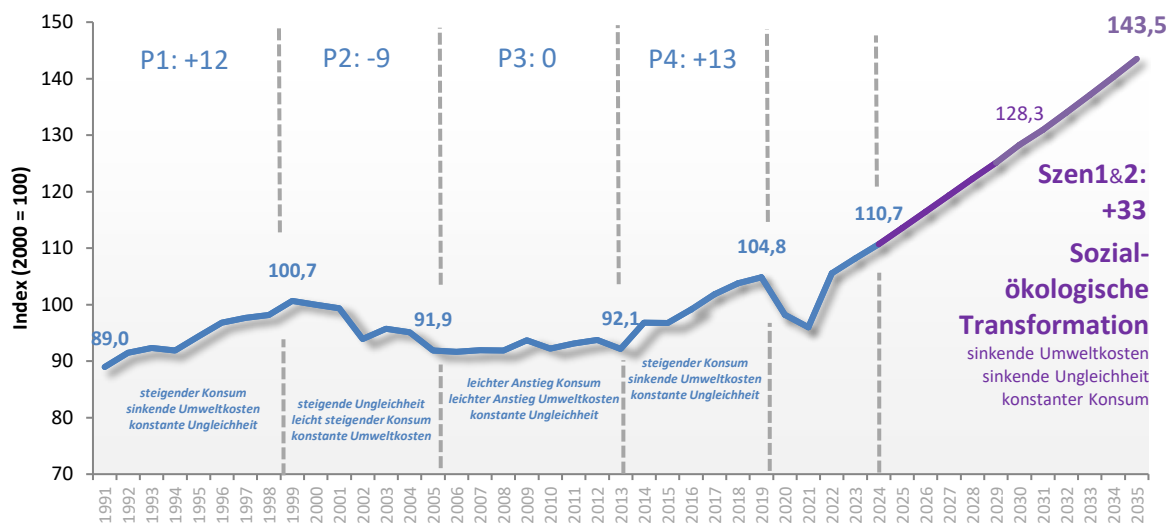
Tabelle 4: Annahme und Auswirkung von Szenario 2 „Reduktion der Ungleichheit“

Komponente	Annahme und Auswirkung
K7 „Kosten der Ungleichheit“	<ul style="list-style-type: none"> - Reduktion des Gini-Koeffizienten der Einkommensverteilung bis 2035 von 0,297 (2024) auf 0,247 (1999) - Reduktion der Abzüge (2024-2035) um 300 Mrd. €

5.3 Szenario 1&2: Sozial-ökologische Transformation

Nimmt man die Umsetzung sowohl der Klimaschutz- und Energiewendeziele (Szenario 1) als auch die Reduktion der Ungleichheit (Szenario 2) entsprechend der aufgestellten Annahmen an, so würde sich die Wohlfahrt bis zum Jahr 2035 deutlich erhöhen: Der NWI würde über einen Wert von 128,3 im Jahr 2030 bis zum Jahr 2035 um insgesamt 33 Punkte auf einen Indexwert von 143,5 ansteigen (siehe Abbildung 7). Es muss dabei allerdings noch einmal darauf hingewiesen werden, dass es sich um ceteris paribus-Szenarien handelt, das heißt, dass mögliche Auswirkungen auf andere Komponenten, die beispielsweise eine Verringerung der Einkommensungleichheit mit sich bringen könnte, nicht berücksichtigt werden. Dies schränkt die Aussagekraft deutlich ein. Die Szenarien zeigen aber deutlich, dass der NWI – anders als das BIP – auch wachsen kann, ohne dass sich die wirtschaftliche Wertschöpfung oder der private Konsum erhöhen, nämlich durch die Reduktion wohlfahrtsmindernder Effekte.

Abbildung 7: Szenario 1&2: Sozial-ökologische Transformation



Mit der Reduktion von negativen Umweltauswirkungen und der Reduktion von Ungleichheit adressieren die beiden Szenarien dabei zentrale Aspekte einer sozial-ökologischen Transformation. Die Szenarien zeigen, immer unter der Einschränkung der stark vereinfachenden Annahmen, dass durch eine sozial-ökologische Transformation große Wohlfahrtssteigerungen jenseits einer Erhöhung des Konsums möglich wären. Dabei sind Konsumsteigerungen auch nicht ausgeschlossen: Sie würden ebenfalls positiv in den NWI eingehen, jedoch aufgrund des abnehmenden Grenznutzens des Konsums umso stärker, wenn sie niedrigeren Einkommensschichten zugutekommen. Negative Umweltauswirkungen, die bei Produktion und Nutzung der Konsumgüter und Dienstleistungen entstehen, würden den Wohlfahrtsgewinn zusätzlich reduzieren und möglicherweise sogar ins Negative verkehren. Jenseits der Auswirkungen auf den NWI erscheint aber vor dem Hintergrund der derzeitigen Überschreitung der planetaren Grenzen (siehe **Kasten 3**) ein weiteres Konsumwachstum als problematisch und die hier aufgezeigten alternativen Wege und Strategien zur Steigerung der Wohlfahrt insofern nachhaltiger.

6 Ausblick

Die vergangenen Jahre waren durch verschiedene Krisen gekennzeichnet, sowohl global betrachtet, als auch für Deutschland. Die Corona-Pandemie, der Angriffskrieg Russlands und seit dem Amtsantritt Donald Trumps die – unter anderem – wirtschaftlichen Verwerfungen durch dessen (Handels)Politik; eine Krise reihte sich an die andere. Nicht an sich neu, aber immer drängender stellen sich die Fragen, wie der Klimawandel und weitere ökologische Problemlagen wie der Biodiversitätsverlust bewältigt werden können. Hinzu kommt der demografische Wandel, dessen Auswirkungen in Deutschland bereits deutlich spürbar sind und die sich im Zuge des anstehenden Wechsels der „Baby-Boomer“ in den Ruhestand weiter verschärfen werden.

Diese Aufzählung verdeutlicht, dass Politik, Wirtschaft und Gesellschaft vor enormen Herausforderungen stehen, deren erfolgreiche Bewältigung ebenfalls enormer Anstrengungen bedarf und aller Voraussicht nach mit Änderungen gewohnter Strukturen und Verhaltensweisen verbunden sein wird. Dabei befindet sich Deutschland aktuell in einer Phase wirtschaftlicher Stagnation, die zum Teil auf die beschriebenen Krisen und Entwicklungen zurückzuführen ist, aber auch als Ausdruck immer deutlicher durchscheinender Grenzen des (quantitativen) wirtschaftlichen Wachstums vor dem Hintergrund überschrittener planetarer Grenzen (siehe **Kasten 3**) interpretiert werden kann. Dass die bereits heute auftretenden Auswirkungen und insbesondere die damit verbundenen Unsicherheiten bezüglich der zukünftigen Entwicklung eine starke Belastung für Gesellschaft, Wirtschaft und Politik darstellen und diese an verschiedensten Stellen unter Druck setzen, verdeutlichen beispielsweise die stärker polarisierten Ergebnisse der letzten Bundestagswahl, sowie der weltweite Vormarsch von autokratischen Bewegungen, Parteien und Regierungen.

Als (ein) Rahmen, der bei der Bewältigung dieser Herausforderungen Orientierung bietet, könnte sich die sozial-ökologische Transformation und damit verbunden die Donut-Ökonomie anbieten. Denn nur, wenn innerhalb der planetaren Grenzen gewirtschaftet wird, das gesellschaftliche Fundament für möglichst alle Menschen gesichert und der gesellschaftliche Zusammenhalt nicht durch zu große Ungleichheiten gefährdet ist, scheint ein freiheitliches und friedliches Zusammenleben langfristig denk- und erreichbar. Dass eine solche sozial-ökologische Transformation ein erstrebenswertes Ziel und mit positiven Wohlfahrtswirkungen auch für die Menschen in Deutschland verbunden sein kann, und das sogar – falls anders nicht möglich – bei einem stagnierendem, ja gegebenenfalls sinkenden Konsumniveau, lässt sich durch den NWI veranschaulichen. Der Vergleich der Entwicklung von BIP und NWI über die letzten dreißig Jahre verdeutlicht dabei, dass das BIP als Schätzer für die Entwicklung der gesellschaftlichen Wohlfahrt nicht gut geeignet scheint. Zukünftiges Wirtschaftswachstum ist dabei auch beim NWI nicht ausgeschlossen, es wird aber in der Rangordnung eine Stelle nach hinten gerückt: Statt Zweck zu sein, ist es nur Mittel zum Zweck.

Was eine solche mögliche Orientierung am Konzept einer sozial-ökologischen Transformation konkret für zukünftiges (politisches) Handeln bedeutet, sowie noch allgemeiner gesprochen, was Wohlfahrt bzw. Wohlstand für die Menschen in Deutschland ausmacht, muss im demokratischen Prozess verhandelt werden. Der NWI versucht hierzu einen Beitrag leisten, in dem er wichtige Facetten gesellschaftlicher Wohlfahrt integriert betrachtet. Er kann und soll dabei nur ein Instrument unter vielen sein und insbesondere zum Nachdenken und Debattieren anregen. Um dies auch zukünftig möglichst gut tun zu können, bleibt der NWI ein offenes System, dessen Methodik und Datengrundlagen nach wie vor fort- und weiterentwickelt werden.

Anhang: Datentabelle NWI₂₀₂₅ (NWI norm: 2000=100; Rest: Mrd. €, Preise von 2015)

Jahr	Privater Konsum	Hausarbeit	Ehrenamt	Staatskonsum	Biodiversität*	Digitalisierung*	Ungleichheit	Pendeln	Verkehrsunfälle	Kriminalität	Alk., Tabak, Drogen*
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1991	1.308	896	84	209	50	0	120	45	53	6	155
1992	1.340	895	83	223	50	0	146	44	52	8	155
1993	1.344	896	83	227	50	0	150	40	51	7	155
1994	1.361	894	82	237	50	0	189	40	49	14	155
1995	1.373	891	82	244	50	0	172	41	48	12	155
1996	1.387	888	81	252	50	0	137	42	47	12	155
1997	1.389	884	80	255	50	1	137	42	46	14	155
1998	1.403	879	79	263	50	1	163	42	44	10	155
1999	1.447	873	79	268	50	2	165	45	45	13	155
2000	1.476	870	78	273	50	3	218	45	45	12	155
2001	1.493	866	77	274	50	3	229	45	42	13	155
2002	1.488	864	79	277	50	5	313	46	41	12	155
2003	1.511	861	80	280	50	8	318	46	39	14	155
2004	1.516	855	81	279	50	10	348	46	36	12	155
2005	1.526	850	83	281	50	14	415	46	37	10	155
2006	1.541	844	84	285	50	17	413	47	35	9	155
2007	1.537	837	85	291	50	19	427	46	36	9	155
2008	1.531	831	86	301	50	22	408	45	34	11	155
2009	1.522	823	87	309	50	25	406	47	33	8	155
2010	1.545	816	88	314	50	28	423	45	33	9	155
2011	1.558	810	89	318	50	31	443	48	34	8	155
2012	1.572	806	90	320	50	33	448	47	33	8	155
2013	1.574	809	91	326	50	36	470	47	33	8	155
2014	1.592	814	92	331	50	39	459	48	33	9	155
2015	1.627	822	93	341	50	42	509	48	34	7	155
2016	1.663	829	95	356	50	46	525	50	34	7	155
2017	1.691	833	96	363	50	49	531	51	34	7	155
2018	1.713	836	97	366	50	52	545	53	34	6	155
2019	1.739	839	98	375	50	55	584	53	35	6	155
2020	1.599	841	99	359	50	51	596	51	30	6	155
2021	1.642	842	99	388	50	52	651	51	30	8	155
2022	1.758	848	102	407	50	55	681	55	30	5	155
2023	1.766	849	102	407	50	56	679	54	30	6	155
2024	1.779	852	102	419	50	56	671	55	30	6	155

*Merkposten

Jahr	Umwelt- ausgab.	Wasser	Boden*	Luft	Lärm*	Naturkata- strophen	THG	Atomkraft	Ersatzkos- ten	Landwirt. Nutzfläche	Gesamt	Gesamt
		13	14	15	16	17	18	19	20	21	NWI	NWI norm.
1991	51	25	0,1	126	6	1	165	20	277	0,9	1.494	89,0
1992	50	24	0,1	115	6	6	159	21	269	0,8	1.536	91,5
1993	48	23	0,1	108	6	8	159	21	274	0,7	1.551	92,4
1994	47	22	0,1	99	6	6	157	20	274	0,7	1.543	91,9
1995	47	22	0,1	89	7	4	157	21	281	0,6	1.585	94,4
1996	47	20	0,1	84	7	3	160	22	297	0,6	1.627	96,8
1997	46	19	0,1	79	7	3	156	23	292	0,6	1.640	97,6
1998	47	18	0,1	75	7	3	153	22	286	0,5	1.649	98,2
1999	47	17	0,1	74	7	8	149	23	280	0,5	1.691	100,7
2000	46	16	0,1	70	7	3	150	23	280	0,5	1.680	100,0
2001	46	17	0,1	70	7	3	152	23	291	0,5	1.669	99,4
2002	46	17	0,1	67	7	24	149	22	285	0,5	1.578	93,9
2003	48	17	0,1	66	7	4	149	22	296	0,5	1.608	95,8
2004	46	16	0,1	63	8	2	147	22	291	0,4	1.598	95,1
2005	47	16	0,1	63	8	3	146	22	294	0,4	1.543	91,9
2006	47	16	0,1	65	8	3	152	23	309	0,4	1.540	91,7
2007	46	15	0,1	63	8	8	150	19	295	0,4	1.544	91,9
2008	44	15	0,1	62	8	5	155	20	315	0,4	1.544	91,9
2009	44	15	0,1	58	8	2	148	18	301	0,3	1.574	93,7
2010	45	15	0,1	60	8	3	156	19	321	0,3	1.549	92,2
2011	46	15	0,1	54	8	4	155	15	308	0,2	1.564	93,1
2012	47	15	0,1	59	8	2	161	13	302	0,3	1.575	93,7
2013	48	14	0,1	59	8	18	167	13	297	0,3	1.548	92,1
2014	51	14	0,1	58	8	2	164	13	277	0,3	1.626	96,8
2015	53	13	0,1	59	8	3	168	12	280	0,2	1.626	96,8
2016	54	13	0,1	58	8	4	172	11	282	0,0	1.665	99,1
2017	56	12	0,1	57	8	3	171	10	273	0,6	1.711	101,8
2018	57	11	0,1	55	8	4	167	10	264	0,7	1.743	103,8
2019	59	11	0,1	52	8	3	158	10	259	0,4	1.761	104,8
2020	60	10	0,1	48	8	2	141	9	233	0,5	1.650	98,2
2021	61	10	0,1	47	8	35	149	9	247	0,3	1.612	96,0
2022	57	9	0,1	46	8	5	152	5	239	0,3	1.773	105,5
2023	55	9	0,1	43	8	5	139	1	226	0,3	1.817	108,2
2024	56	8	0,1	42	8	7	136	0	225	0,4	1.859	110,7

*Merkposten

Impressum

Herausgeber

Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung, Georg-Glock-Str. 18,
40474 Düsseldorf, Telefon +49 211 7778-312, Mail imk-publikationen@boeckler.de

Die Reihe „IMK Studies“ ist als unregelmäßig erscheinende Online-Publikation erhältlich über:
https://www.boeckler.de/imk_5023.htm

Die in diesem Papier geäußerten Standpunkte stimmen nicht unbedingt mit denen des IMK oder der
Hans-Böckler-Stiftung überein.

ISSN 1861-2180



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Lizenz:
Namensnennung 4.0 International (CC BY).

Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung
des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell.

Den vollständigen Lizenztext finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de>

Die Bedingungen der Creative Commons Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen
Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z. B. von Abbildungen, Tabellen, Fotos und Textauszügen erfordert ggf. weitere
Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.
